

---

**Verband Bernischer Gemeinden VBG**  
**Association des communes bernoises ACB**

INFO 1/2021



GEMEINDE UTTIGEN  
COMMUNE D'UTTIGEN

Unterlagen zur Hauptversammlung  
(schriftliche Abstimmung)

Assemblée générale  
Documentation (vote par écrit)

---

# Denn ich vertraue einem engagierten Partner



Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit über 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner:  
Verband Bernischer Gemeinden VBG und  
die Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

previs   
Vorsorgen mit Durchblick

---

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten .....	2
Le mot du président .....	4
Geschäfte der VBG-Hauptversammlung 2021 .....	7
Objets soumis à l'assemblée générale 2021 de l'ACB .....	8
Protokoll schriftliche Abstimmung .....	9
Procès-verbal .....	10
VBG-Jahresbericht 2020 .....	12
Rapport annuel 2020 de l'ACB .....	21
Jahresrechnung 2020, Budget 2021, Mitgliederbeiträge 2022 .....	31
Comptes 2020, Budget 2021, Cotisations 2022 .....	32
Bericht der Revisoren .....	34
Rapport des réviseurs .....	34
Antrag auf Ernennung von Daniel Arn zum Ehrenmitglied des VBG .....	35
Conférer la dignité de membre d'honneur de l'ACB à Daniel Arn .....	36
Der neue Geschäftsführer stellt sich vor .....	38
Le nouveau directeur se présente .....	40
Die Gemeinde im Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit und Handlungs(un)fähigkeit .....	41
Interview mit Ueli Buri, kantonale Datenschutzbeauftragter .....	44
Entretien avec Ueli Buri, délégué cantonal à la protection des données .....	46
Barrierefreie Information und Kommunikation: Werden Sie eine «Gemeinde für alle» .....	48
Porträt der Gemeinde Uttigen .....	50
Interview mit dem Gemeindepräsidenten Beat J. Fischer .....	54

## IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG

Kramgasse 70

Postfach

3000 Bern 8

Telefon 031 311 08 08

Telefax 031 312 24 64

vbg@recht-governance.ch

acb@recht-governance.ch

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Daniel Arn

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzungen

Michel Jacot-Descombes, 2534 Orvin

Druck

Hansen Druck, 3011 Bern

Auflage

800 Exemplare

Redaktionsschluss Info 2 / 21

15. August 2021

# VORWORT DES PRÄSIDENTEN



Daniel Bichsel  
Präsident VBG

## ANALOGE ODER DIGITALE GEMEINDE?

Die Corona-Pandemie hat einen erheblichen Digitalisierungsschub ausgelöst. Wer hätte noch vor gut einem Jahr gedacht, dass heute digitale Parlaments-sitzungen landauf, landab ein Thema sind. Skype- und Zoom-Sitzungen gehören heute zum Alltag, sowohl in der Zivilgesellschaft wie auch im staatlichen Verkehr über alle Ebenen hinweg. Das Homeoffice ist nur dann erfolgreich, wenn der Transfer von Daten gewährleistet ist. Während der Datenaustausch und die digitale Kommunikation innerhalb der Gemeinde lösbare Probleme darstellen, erscheint die föderale Verflechtung der Aufgabenerfüllung mit Blick auf den digitalen Verkehr eine sehr grosse Herausforderung. Wir sind heute kaum in der Lage, ohne Medienbrüche unsere Verbundaufgaben zu bewirtschaften. Die – vor allem jüngere – Bevölkerung, aber auch die Wirtschaft, verlangt vom Staat (und damit auch von der Gemeinde), dass sie rasch und unkompliziert – also digital – kommunizieren kann. Der

Staat reagiert und lanciert Projekte wie eBau, eUmzug, eAnzeiger, eVoting, etc. Bald wird es kaum Politikbereiche geben, die nicht digitalisiert bewirtschaftet werden. Dabei gilt es immer zu bedenken, dass wir mit dieser unabwendbaren Veränderung nicht ältere oder wenig digitalaffine Teile der Bevölkerung ausschliessen. Auch wenn es aufwändig ist, gerade die Gemeinde als der Bevölkerung am nächsten stehende staatliche Ebene ist gehalten, ihre Kontakte in jeder Hinsicht mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern zu pflegen. Niemandem kann vorgeschrieben werden, mit der Gemeinde digital verkehren zu müssen. Dies kann vorübergehend zu aufwändigen Parallel-Strukturen und -Instrumenten führen, das können und müssen wir uns leisten. Es ist aber kein Grund, auf die rasche Digitalisierung zu verzichten, daran führt auch kein Weg vorbei.

In einem Zentralstaat ist die Digitalisierung deutlich weniger anspruchsvoll, als in einem föderalistisch aufgebauten Staat wie der Schweiz. Weder die Kantone gegenüber dem Bund, noch die Gemeinden gegenüber dem Kanton sind lediglich Vollzugsagenturen, die (nur) ihrem übergeordneten Gemeinwesen Rechenschaft schulden. Auf allen Ebenen schulden die Behörden primär ihren legislativen Organen (vorab den Stimmberechtigten, allenfalls den Parlamenten) Rechenschaft. Die Organe sind volksgewählt, sie verfügen über eine sehr hohe Legitimation. Jede staatliche Ebene muss ihre Mittel über die Festlegung der Steueranlage selber erstreiten. Den Gemeinden des Kantons Bern steht Autonomie zu, namentlich was die Selbstverwaltung und die Selbstgesetzgebung anbelangt, dies ist in Art. 109 der Kantonsverfassung nachzulesen. Und namentlich das Recht auf Selbstverwaltung führt

mit Blick auf die Digitalisierung zu einem anspruchsvollen Spannungsfeld. Wenn im vertikalen Verhältnis (Bund, Kantone, Gemeinden) vermehrt digitale Kommunikation ermöglicht werden soll, bedingt dies eine starke Harmonisierung der eingesetzten Software und Datenmodelle, sonst funktioniert das nicht. Heute sind die Gemeinden (noch) weitgehend frei, welche Software sie im Rahmen ihrer Verwaltungstätigkeit einsetzen wollen. Dies führt gegenüber anderen Gemeinden, gegenüber dem Kanton, aber auch gegenüber den Akteuren der Zivilgesellschaft immer häufiger zu Schnittstellenproblemen. Die Hoffnung, dass sich die Gemeinden untereinander und mit dem Kanton auf einheitliche Standards verständigen können, war bisher unbegründet und wird wohl auch nie in Erfüllung gehen. Es braucht Vorgaben der übergeordneten staatlichen Ebene, damit diese unerlässliche Harmonisierung erfolgt. Aber es geht nicht an, dass der Kanton den Gemeinden mittels Verordnung Vorgaben macht, die primär die kantonalen Interessen im Fokus haben. Jede kantonale Vorgabe zu ICT-Lösungen ist für die Gemeinden mit Veränderungen und mit viel Aufwand verbunden. Kantonale Vorgaben sind nur dann erfolgreich, wenn die Gemeinden in die Entwicklungsprozesse eingebunden werden, wie dies in aller Regel auch erfolgt. Unverständlich wäre, wenn die Regierung das im Verhältnis Kanton – Gemeinden unbestrittenermassen geltende Legalitätsprinzip im Bereich der Digitalisierung einfach ausschaltet und den Gemeinden mittels Verordnung (ohne im Gesetz pro Politikbereich über die nötigen Delegationsbestimmungen zur verfügen) beliebige und teure Vorgaben machen kann. Wir suchen seit Monaten einen Mechanismus, der gewährleistet, dass bezüglich

Digitalisierung rasch vorwärtsgehen werden kann. Gleichzeitig muss gewährleistet bleiben, dass die Gemeinden ihren Einfluss und damit ihre Interessen mit Nachdruck einbringen und wenn nötig auch erstreiten können. Und dies ist nur möglich, wenn bei Bedarf der Gesetzgeber (lies der Grosse Rat) mit einer Frage befasst werden kann. Für die Gemeinden ist es eine sehr strategische Frage, ob sich die Gemeinden bedingungslos dem Diktat des Regierungsrats ausliefern müssen, oder ob sie bei weitreichenden Eingriffen in die Organisationsautonomie der Gemeinden dem Legalitäts-

prinzip folgend den Entscheid des Grossen Rats einfordern können. Der VBG ist und war stets bemüht, mit dem Begriff «Gemeindeautonomie» differenziert umzugehen und den Interessen des Kantons an organisationsrechtlichen Vorgaben Rechnung zu tragen. Eine bedingungslose Unterwerfung unter die Regierung geht aber nicht an, die Gemeinden sind nach wie vor keine Verwaltungsstelle des Kantons, die in der Linie durch die Regierung und die Direktionen geführt werden kann. Gegen solche Absichten wird sich der VBG mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr

setzen. Und da soll dann niemand sagen, der VBG würde sich der anstehenden Digitalisierung widersetzen. Wir haben in zahlreichen Projekten gezeigt, dass uns dieses Vorhaben ein Anliegen ist. Aber den überfälligen Digitalisierungsschritten ist nur dann Erfolg beschieden, wenn sie in partizipativen Prozessen zwischen Kanton und Gemeinden entwickelt und entschieden werden. Und dazu brauchen die Gemeinden stets den politischen Hebel, den sie mit einem Einbezug des Gesetzgebers für den Notfall auch haben. Ohne diesen Hebel stehen wir künftig auf verlorenem Posten.

# LE MOT DU PRÉSIDENT

Daniel Bichsel  
président de l'ACB

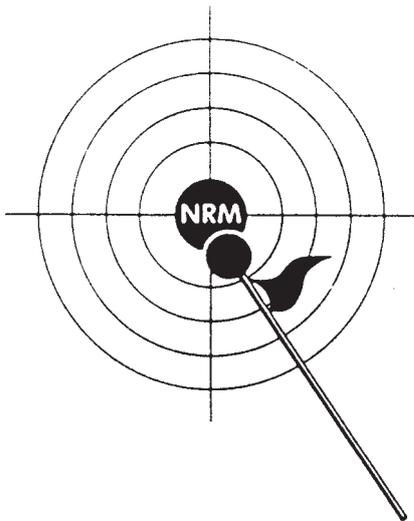
## AVENIR ANALOGIQUE OU NUMÉRIQUE POUR LES COMMUNES?

La pandémie de coronavirus a déclenché une importante impulsion numérique. Qui aurait imaginé, il y a un peu plus d'une année de cela, que l'on parlerait aujourd'hui dans tout le pays de sessions parlementaires au format numérique ? Les réunions virtuelles Skype et Zoom font désormais partie du quotidien, aussi bien dans la société civile qu'au sein des instances de l'État, et cela à tous les niveaux. Le télétravail ne donne de bons résultats que si le transfert des données est assuré. Si les échanges de données et la communication numérique constituent des problèmes qui peuvent être résolus au sein de la commune, le défi est autrement plus grand lorsqu'il en va des tâches conjointes accomplies dans le cadre fédéraliste qui est le nôtre. Aujourd'hui, nous ne sommes guère en mesure de gérer nos tâches conjointes sans discontinuités des processus numériques. La population, en particulier les jeunes, mais aussi les milieux économiques, exigent de l'État (partant de la commune) de pouvoir communiquer rapidement et facilement – donc numériquement – avec lui. L'État réagit et lance des projets tels qu'eBau, eDéménagement, eFOA (feuille officielle d'avis électronique), eVoting, etc. Bientôt, il n'y aura pratiquement plus aucun domaine politique qui ne sera pas géré numériquement. Il faudra toutefois veiller à ne pas exclure les personnes âgées et celles qui ont peu d'affinités avec le numérique. Même si c'est exigeant, la commune, et cela tout particulièrement parce qu'elle

est le niveau de l'État le plus proche des citoyens, est tenue de maintenir le contact avec tous ses habitants : personne ne peut être obligé d'emprunter la voie numérique pour communiquer avec les instances communales. Cela peut conduire durant un certain temps à un fonctionnement en parallèle de structures et instruments de communication, partant à une augmentation temporaire des charges, mais nous pouvons et nous devons nous le permettre et cela ne devrait pas être une raison pour renoncer à une numérisation rapide, car celle-ci est inévitable.

La numérisation pose nettement moins de problèmes dans un État centralisé que dans un État fédéral comme la Suisse. Les cantons ne se réduisent pas à de simples organes d'exécution de la Confédération, pas plus que les communes pour le canton, organes qui seraient tenus de rendre des comptes (uniquement) à la corporation de droit public de l'échelon supérieur. À chaque échelon, les autorités doivent avant tout rendre des comptes à leurs organes législatifs (d'abord aux citoyens, le cas échéant aux parlements). Les organes sont élus par le peuple, ils disposent d'une légitimité très forte. Chaque échelon doit rendre disponibles les moyens dont il a besoin en fixant son propre taux d'imposition. Les communes du canton de Berne ont droit à l'autonomie : elles s'autoadministrent et s'auto-légifèrent, cela découle de l'art. 109 de la Constitution cantonale. Le droit à l'autoadministration, notamment, crée une zone de tension complexe dans le domaine de la numérisation. Si la volonté est d'intensifier la communication numérique le long de la dimension verticale (Confédération, canton, commune), il faut un degré d'harmonisation élevé des logiciels et des modèles de données mis en œuvre, sinon cela ne

marchera pas. Aujourd'hui, la commune jouit (encore) d'une grande liberté de choix en ce qui concerne les logiciels qu'elle veut utiliser pour mener ses activités administratives à bien. Mais cette liberté entraîne de plus en plus de problèmes d'interface avec les autres communes, avec le canton et même avec les acteurs de la société civile. L'espoir que les communes parviennent à se mettre d'accord sur des standards harmonisés, aussi bien entre elles qu'avec le canton, n'a pour l'heure pas abouti et risque de demeurer lettre morte. Pour qu'une telle harmonisation devienne réalité, il faut des directives de l'échelon supérieur de l'État. Cela dit, il serait intolérable que le canton impose ses exigences aux communes par le biais d'ordonnances tenant avant tout et unilatéralement compte des intérêts du canton. Chaque prescription du canton en matière de TIC entraîne d'importantes charges pour les communes. Les prescriptions du canton ne peuvent donner de bons résultats que si les communes sont associées aux processus d'élaboration, comme cela est d'ailleurs le cas en règle générale. Il serait tout à fait incompréhensible et choquant qu'en matière de numérisation, le gouvernement fasse tout simplement fi du principe de la légalité, pourtant incontesté, qui s'applique aux relations entre le canton et ses communes en imposant à ces dernières, par voie d'ordonnance et sans disposer des normes de délégations légales indispensables, des prescriptions arbitraires et coûteuses. Cela fait des mois que nous cherchons un mécanisme susceptible d'accélérer la numérisation tout en garantissant aux communes le droit de s'impliquer, de faire valoir leur influence, donc de défendre résolument leurs intérêts. Pour que cela soit possible, il est indispensable qu'au besoin elles puissent en appeler directement au législateur, c'est-à-dire au



**... der Treffer ins Schwarze!**

...denn das Zeitalter der  
EDV Dinosaurier ist vorbei –  
gefragt sind leistungsfähige und  
kostengünstige Kleinsysteme

Unser Soft- und Hardware-Angebot  
reicht vom Einzelplatzsystem bis  
zum anspruchsvollen PC-Netzwerk

Speziell

- *Einwohner-, Bürger und Kirchgemeinden*
- *Schulen und Zweckverbände usw.*

beraten und unterstützen wir

NRM

NRM AG, Hauptstrasse 5, 3254 Balm b. Messen, Telefon 031 765 54 27  
**Software-Entwicklung, Beratung, Schulung**

Grand Conseil. Pour les communes, il est d'une importance stratégique qu'elles aient la possibilité de se protéger d'un diktat sans condition du canton en disposant du droit d'exiger du Grand Conseil qu'il statue sur les cas d'ingérence dans leur autonomie lorsqu'elles les estiment contraires au principe de la légalité. L'ACB est et a toujours été prudente et favorable à une interprétation différenciée de la notion d'« autonomie communale » afin de tenir également compte des intérêts que le canton peut avoir à l'édiction de prescriptions relatives à l'organisation des communes.

Pour autant, une soumission sans condition à l'arbitraire du gouvernement serait tout bonnement inadmissible, car les communes ne sont pas des organes d'exécution du canton que le gouvernement et les directions cantonales peuvent conduire comme un service de l'administration cantonale. L'ACB recourra à tous les moyens dont elle dispose pour s'opposer à de telles intentions. Nous ne laisserons en outre à personne le droit de prétendre que l'ACB s'oppose à la numérisation qui est en marche. En effet, nous avons montré à de nombreuses reprises que ce projet

retient toute notre attention et que nous y sommes favorables. Mais les mesures qui permettront de combler le retard pris en matière de numérisation ne pourront aboutir que si elles sont élaborées et décidées dans le cadre de processus participatifs qui associent le canton à ses communes. Et pour cela, les communes ont besoin du levier politique que leur donne la possibilité d'en appeler au législateur lorsqu'elles n'ont plus d'autre issue. Sans ce levier, les communes sortiraient grandes perdantes de la numérisation de l'État.

## Car je fais confiance à un partenaire engagé



Une offre de prévoyance flexible, une prise en charge individuelle de la clientèle et une qualité de service de premier ordre. Telles sont les valeurs que défend Previs Prévoyance depuis plus de 60 ans dans le service public, et continuera de défendre à l'avenir.

Des partenaires éprouvés depuis des décennies: l'Association des Communes Bernoises (ACB) et la Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

previs 

Quand prévoyance  
rime avec transparence

# GESCHÄFTE DER VBG-HAUPTVERSAMMLUNG 2021

## SCHRIFTLICHE ABSTIMMUNG

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie schon im Vorjahr sind die Unsicherheiten darüber, wann wieder grössere Veranstaltungen durchgeführt werden dürfen, sehr gross. Der VBG-Vorstand hat deshalb erneut beschlossen, die auf den 18. Juni 2021 terminierte VBG-Hauptversammlung abzusagen.

Die Frist für die Einberufung von schriftlichen Versammlungen auf Basis der Covid-19-Verordnung 3 wurde vom Bundesrat bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Damit besteht unverändert die Möglichkeit, anstelle von Versammlungen auf dem Zirkularweg zu beschliessen. Von dieser Möglichkeit macht der VBG Gebrauch und unterbreitet Ihnen die für die Hauptversammlung anstehenden Geschäfte im vorliegenden VBG-Info.

Sie werden gebeten, zu den folgenden Geschäften mit dem beiliegenden Stimmzettel Stellung zu nehmen:

- |  |                       |
|--|-----------------------|
| 1. Protokoll über die schriftliche Stimmabgabe HV 2020         | siehe Seite 9         |
| 2. Jahresbericht 2020  | siehe Seite 12 bis 20 |
| 3. Kenntnisnahme Bericht Revisionsstelle / Jahresrechnung 2020 | siehe Seite 31 / 34   |
| 4. Erteilung der Entlastung an den Vorstand                    |                       |
| 5. Budget 2021   | siehe Seite 31        |
| 6. Mitgliederbeiträge 2022                                     | siehe Seite 31        |
| 7. Ernennung von Daniel Arn zum Ehrenmitglied des VBG          | siehe Seite 35        |

Wir bitten Sie, Ihre Stimmabgabe mit dem beiliegende Stimmzettel vorzunehmen und diesen bis am 18. Juni 2021 dem VBG per Post oder Mail (Scan) zuzustellen. Vielen Dank.

# OBJETS SOUMIS À L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE 2021 DE L'ACB

## VOTE PAR CORRESPONDANCE (PROCÉDURE ÉCRITE)

---

Mesdames,  
Messieurs,

Comme l'année passée, les incertitudes qui pèsent sur l'organisation de grands rassemblements sont de nouveau très grandes. Le comité de l'ACB a donc une nouvelle fois décidé d'annuler l'Assemblée générale de l'ACB qui devait avoir lieu le 18 juin 2021 et de la remplacer par une procédure écrite.

Le Conseil fédéral a prolongé jusqu'au 31 décembre 2021 la période durant laquelle il est possible de remplacer les assemblées générales par des procédures écrites en application de l'ordonnance 3 COVID-19. Ainsi, il est encore possible de soumettre les objets statutaires aux ayants droit en procédure écrite. Estimant que la tenue d'une Assemblée générale en présentiel n'étant pas opportune, le comité de l'ACB recourt à cette option. Il vous soumet donc, dans le présent numéro de l'ACB-Inno, les objets statutaires relevant des compétences de l'Assemblée générale et vous invite à exercer vos droits au moyen du bulletin de vote annexé :

Vous êtes invités à voter sur les objets suivants au moyen du bulletin de vote annexé :

- |  |                   |
|--|-------------------|
| 1. Procès-verbal de l'Assemblée générale 2020 (procédure écrite) | voir page 10      |
| 2. Rapport annuel 2020   | voir page 21 – 29 |
| 3. Prise de connaissance du rapport des réviseurs / comptes 2020 | voir page 32 / 34 |
| 4. Décharge au comité  |                   |
| 5. Budget 2021   | voir page 32      |
| 6. Cotisations 2022  | voir page 32      |
| 7. Conférer la dignité de membre d'honneur de l'ACB à Daniel Arn | voir page 36      |

Nous vous prions d'exercer votre droit de vote au moyen du bulletin de vote annexé et de le renvoyer à l'ACB d'ici au 18 juin 2021, par courrier postal ou par courrier électronique (scan). Merci.

# PROTOKOLL SCHRIFTLICHE ABSTIMMUNG HV 2020

## ÜBER DIE SCHRIFTLICHE STIMMABGABE AUFGRUND DER ABSAGE DER HAUPTVERSAMMLUNG VOM 19. JUNI 2020 DES VEREINS «VERBAND BERNISCHER GEMEINDEN»

Gemäss Art. 6a der Covid-19-Verordnung 2 des Bundesrates kann bei Versammlungen von privatrechtlichen Gesellschaften angeordnet werden, dass die Mitglieder ihr Stimmrecht auf schriftlichem Weg ausüben.

Die Mitglieder sind im Mai 2020 mit Versand einer schriftlichen Botschaft über die anstehenden Geschäfte orientiert worden. Gleichzeitig mit der Botschaft ist ein Formular zur schriftlichen Stimmabgabe verschickt worden.

Die schriftliche Stimmabgabe erfolgte mittels Talon und mit Unterschrift des Mitgliedes. Die eingereichten Talons sind durch die Geschäftsstelle dahingehend überprüft worden, dass jedes Mitglied nur einmal abgestimmt hat.

Der Vorstand hat das Ergebnis nach Ablauf der Einreichungsfrist auf dem Zirkularweg erwahrt. Die Mitglieder wurden via [www.begem.ch](http://www.begem.ch) über das Ergebnis der schriftlichen Abstimmung orientiert.

Für das Protokoll

Verband Bernischer Gemeinden  
sig. Monika Gerber  
Stv. Geschäftsführerin

Es sind folgende Stimmen eingelangt:

Genehmigung des Protokolls der Hauptversammlung 2019	231 Zustimmung 0 Ablehnung 1 Enthaltung
Abnahme des Jahresberichts 2019	232 Zustimmung 0 Ablehnung 0 Enthaltung
Abnahme der Jahresrechnung 2019	232 Zustimmung 0 Ablehnung 0 Enthaltung
Erteilung der Entlastung an den Vorstand	232 Zustimmung 0 Ablehnung 0 Enthaltung
Genehmigung des Budgets 2020	232 Zustimmung 0 Ablehnung 0 Enthaltung
Festsetzung der Mitgliederbeiträge 2021	232 Zustimmung 0 Ablehnung 0 Enthaltungen

# PROCÈS-VERBAL ASSEMBLÉE GÉNÉRALE 2020

## RELATIF AUX VOTES EN LA PROCÉDURE ÉCRITE QUI A EU LIEU EN RAISON DE L'ANNULATION DE L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DU 19 JUIN 2020 DE L'ASSOCIATION DES COMMUNES BERNOISES

En vertu de l'art. 6a de l'ordonnance 2 COVID-19 du Conseil fédéral, l'organisateur d'une assemblée de société de droit privé peut, indépendamment de dispositions statutaires propres à ladite société, imposer à ses membres d'exercer leurs droits exclusivement par écrit.

En mai 2020, les communes membres ont été informées sur les objets à l'ordre du jour par message écrit. Un bulletin de vote adapté à la procédure écrite était annexé au message.

Les votes ont été remis par écrit au moyen du bulletin de vote prévu signé par la commune membre. Le secrétariat a vérifié que chaque ayant droit au vote n'a voté qu'une seule fois.

À l'échéance du délai de renvoi des bulletins de vote, le comité a consigné le résultat des votes dans un procès-verbal. Les communes membres ont été informées des résultats des votes par publication sur le site [www.begem.ch](http://www.begem.ch).

Pour le procès-verbal

Association des communes bernoises  
sig. Monika Gerber,  
directrice suppléante

Le dépouillement des bulletins donne les résultats suivants :

Adoptez-vous le procès-verbal de l'Assemblée générale 2019 ?	Oui : 231 Non : 0 Abstention : 1
Adoptez-vous le rapport annuel 2019 ?	Oui : 232 Non : 0 Abstention : 0
Adoptez-vous les comptes 2019 ?	Oui : 232 Non : 0 Abstention : 0
Donnez-vous décharge au comité ?	Oui : 232 Non : 0 Abstention : 0
Adoptez-vous le budget 2020 ?	Oui : 232 Non : 0 Abstention : 0
Adoptez-vous les cotisations 2021 ?	Oui : 232 Non : 0 Abstention : 0

# Viel Arbeit auf der Gemeinde – aber zu wenig Personal?

Wir stellen Ihnen erfahrene Fach- und Führungskräfte für temporäre Einsätze in Ihrer Gemeinde zur Verfügung. Oder sind Sie auf der Suche nach geeigneten Mitarbeitenden für eine Festanstellung? Gerne begleiten wir Sie bei der Personalrekrutierung.

Federas berät und unterstützt Institutionen mit öffentlichen Aufgaben.

- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklungen**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Projektmanagement**
- **Tagungen und Workshops**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

**Federas Beratung AG, [info.bern@federas.ch](mailto:info.bern@federas.ch), [www.federas.ch](http://www.federas.ch)**

Laupenstrasse 35, Postfach, 3001 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

# VBG-JAHRESBERICHT 2020

## WICHTIGE GESCHÄFTE

### Bewältigung der Corona-Krise

Nicht ganz zufällig steht das Thema Corona an erster Stelle. Nicht nur die Gemeinden waren immer wieder gefordert, auf die neusten Entwicklungen zu reagieren, sondern insbesondere auch die Geschäftsstelle des VBG. Das Thema war in unzähligen Sitzungen und Telefonkonferenzen präsent und es war wichtig, immer möglichst zeitnah die nötigen Absprachen mit den verschiedensten Kantonsstellen treffen zu können. Dies damit den Gemeinden jeweils möglichst viel Zeit für die Umsetzung blieb, die ohnehin oft knapp bemessen war. Während beim Kanton beinahe für jede Aufgabe eine andere Fachstelle mit entsprechendem Personalbestand engagiert ist, verfügt die VBG-Geschäftsstelle nur über beschränkte personelle Ressourcen, was dazu führte, dass diese im vergangenen Jahr oft sehr stark und weit über das gewohnte Ausmass in Anspruch genommen wurde. Die Arbeiten der VBG-Geschäftsstelle sind dabei oftmals von aussen nicht erkennbar, weil diese darin bestehen, beabsichtigte Vorgaben und Handlungsanweisungen des Kantons gemeindeverträglich zu gestalten. Geschieht dies erfolgreich, nehmen das die Gemeinden gar nicht erst wahr. Neue Informationen zuhanden der Gemeinden zum Thema Corona wurden jeweils raschmöglich auf der Startseite von [www.begem.ch](http://www.begem.ch) aufgeschaltet. Der VBG hat namentlich im Rahmen der Impfkampagne, bei der Öffnung der Skigebiete mit entsprechenden Schutzkonzepten der Standortgemeinden, der Kontrolltätigkeit in den Gemeinden zur Umsetzung der verschiedenen Schutzmassnahmen, der Schulschliessungen im Frühjahr 2020 sowie der Massnahmen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs mitgewirkt, auch bei allen Fragen und Anliegen der

Gemeinden im Zusammenhang mit den sie direkt betreffenden Massnahmen (z.B. Zulässigkeit von Gemeindeversammlungen, Schutzkonzepte für gemeindeeigene Anlagen o.ä.).

### Gesetz über die sozialen Leistungsangebote (SLG), indirekte Änderung SHG

Der VBG konnte vor der vorberatenden grossrätlichen Kommission (GSoK) auftreten und noch einigen Verbesserungen zugunsten der Gemeinden zum Durchbruch verhelfen. Eine relevante Forderung, die noch pendent ist, betrifft die Einführung eines gemeinsamen Fallführungssystems. Die Kommunalverbände begrüssen grundsätzlich ein gemeinsames Fallführungssystem. Aus kommunaler Sicht ist es zentral, dass der Regierungsrat nicht gegen den Widerstand der Gemeinden mittels Verordnung ein für alle verbindliches Fallführungssystem vorschreiben kann (Art. 57 k SHG, indirekte Änderung via SLG), ohne dass die Interessen der Gemeinden angemessen mitberücksichtigt werden. Der Grosse Rat hat hier auf Intervention des VBG einer auch von der GSoK selber mitgetragenen Rückweisung an die GSoK zugestimmt, damit dieser Punkt zuhanden der zweiten Lesung bereinigt werden kann. Die angestrebte Lösung lehnt sich an die Formulierung an, welche im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Verwaltung (DVG) zur Diskussion steht: Das DVG sieht nämlich eine Regelung vor, wonach bei Verordnungen oder Entscheiden, die den Gemeinden wesentliche Pflichten oder Kosten auferlegen, entweder eine Grundlage in einem Gesetz oder eine ausdrückliche vorgängige Zustimmung des VBG erforderlich ist. Damit wären die Gemeinden bei der weiteren Bearbeitung im Projekt nicht dem Diktat der Regierung ausgeliefert

und können die kommunalen Interessen wirkungsvoll vertreten. Aufgrund der inzwischen stattgefundenen Gespräche mit den Verantwortlichen der GSI zeichnet sich ab, dass die Vorlage zuhanden der zweiten Lesung aus Gemeindesicht nicht mehr bestritten ist.

### Mehrwertabgabe Finanzvermögen

Die Frage, ob die Gemeinden auch sich selber eine Mehrwertabgabe schulden – mit einem entsprechenden Anteil von 10 % zugunsten des Kantons – war zwischen Gemeinden und Kanton strittig. Ein entsprechendes Gutachten konnte diese Kontroverse nicht klären, jedoch wurde der Regierungsrat trotzdem mittels Änderung der Bauverordnung bereits gesetzgeberisch tätig, ohne dass die Gemeinden im Vorfeld angehört wurden. Dieses Vorgehen hat beim VBG viel Unverständnis ausgelöst und wurde als wenig partnerschaftlich empfunden. In der Folge wurde eine vom VBG initiierte überfraktionelle Motion eingereicht, damit diese strittige Frage mittels Anpassung des Baugesetzes abschliessend durch den Grossen Rat entschieden wird. Leider hat diese Motion keine Mehrheit auf sich vereinigen können, sie wurde mit 70 gegen 61 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sich verschiedene Parlamentarier/-innen dagegen ausgesprochen haben, so rasch bereits wieder Änderungen am unlängst revidierten Baugesetz vorzunehmen.

### Kontaktgremium Planung

Nach einem anspruchsvollen, langen und arbeitsintensiven Prozess mit teils harten Kontroversen konnte das Kontaktgremium Planung gemeinsam Lösungen zur Verbesserung der Planerlassverfahren verabschieden. Die Lösung sieht vor, den Gemeinden im Rahmen der Planungsprozesse grund-

sätzlich mehr Verantwortung zu übertragen. Dies bedingt allerdings auch, dass die Gemeinden die Qualität der Verfahren garantieren können und in der Lage sind, rechtlich korrekte Interessensabwägungen vorzunehmen. Ansonsten laufen sie Gefahr, dass die Verfahren auf dem Rechtsweg scheitern. Den Gemeinden sollen damit letztlich Handlungsspielräume zurückgegeben werden. Die Umsetzung bedingt teilweise gesetzliche Anpassungen, weshalb weiterhin Geduld nötig ist. Das Kontaktgremium wird den Prozess mit einem guten und transparenten Monitoring begleiten. Auch ist mit dem Vorprüfungsverfahren lediglich der erste Schritt gemacht. Das Gremium wird sich in der Folge auch mit den Genehmigungs- und Beschwerdeverfahren auseinandersetzen. Es bleibt also weiterhin viel Arbeit zu tun.

### **Projekt Weiterentwicklung Fusionsförderung**

Nachdem der Grosse Rat zustimmend vom Grundlagenbericht «Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern» Kenntnis genommen hat, will die Regierung die neue Fusionsförderung nun umsetzen. Unbestritten ist der Grundsatz, wonach Gemeindefusionen nach wie vor freiwillig erfolgen sollen. Dies unter Vorbehalt der Bestimmungen des Gemeindegesetzes, die aber bisher noch nie zur Anwendung gelangt sind und auch künftig kaum je zur Anwendung gelangen werden. Die ursprünglich diskutierte Anzahl von 50 Gemeinden über das gesamte Kantonsgebiet als Fusionsziel wurde fallen gelassen und auch die Absicht, einen Fusionsrichtplan zu realisieren, wurde aufgegeben. Heute soll kein verbindliches Ziel formuliert werden, wobei informell auf einer sehr langfristigen Fusionsschiene von 100 – 150 Gemeinden ausgegangen wird. Unter dem Vorsitz von Regie-

rungsrätin Evi Allemann werden in einem nächsten Schritt Fusionsförderungsräume erarbeitet. Der Prozess soll in partizipativen Prozessen dezentral unter der Leitung der Regierungstatthalterämter erfolgen. Der VBG ist in den Projektorganen vertreten.

### **Revision Datenschutzgesetz – Neuordnung kommunale Datenschutz-Aufsichtsstellen**

Im Rahmen der Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes sollen auch die Bestimmungen zur kommunalen Datenschutzaufsicht einer neuen Regelung zugeführt werden. Dies da die kommunalen Aufsichtsstellen den Gemeinden in vielen Fällen nicht mit der erforderlichen Unterstützung dienen können. Oft ist diese Aufgabe dem Rechnungsprüfungsorgan zugewiesen, das mangels Expertise bzw. Fallhäufigkeit nicht über das entsprechende Know-how verfügt. Zusammen mit der kantonalen Datenschutzaufsicht, dem Amt für Gemeinden und Raumordnung, der Geschäftsleitung der Regierungstatthalter sowie unter Einbezug verschiedener Gemeinden wurde deshalb ein neues Modell entwickelt. Dabei geht es im Grundsatz darum, eine Verschiebung der bisherigen Aufgaben der kommunalen Aufsichtsstellen zu einer kantonalen Stelle vorzunehmen: Was die Gemeinden bisher von ihrer eigenen kommunalen Stelle erhalten haben bzw. hätten erhalten sollen, beziehen sie neu von einer einheitlichen kantonalen Stelle. Das neue Modell ist noch zu vertiefen und wird im Ergebnis in die Gesetzgebungsarbeiten zur Revision des Datenschutzgesetzes einfließen.

### **Neuer Muster-Vertrag mit der BKW**

Mit der Begründung einer reglementarischen Rechtsgrundlage und infolge verschiedener Regulierungen im übergeordneten Recht sind die Gemeinden

gehalten, neue Konzessionsverträge mit der BKW abzuschliessen. Der VBG hat hier einerseits mit der BKW einen neuen Muster-Vertrag ausgehandelt und andererseits auch Muster-Formulierungen für die zu schaffende Reglementsgrundlage in den Gemeinden erarbeitet. Diese Vorschläge gründen auf einlässlichen Abklärungen zur Rechtslage, namentlich auf einem neueren Bundesgerichtsentscheid zur Frage der genügenden Rechtsgrundlage von Konzessionsabgaben. Die zu diesem Thema geplanten gemeinsamen vier Infoveranstaltungen im Herbst 2020 von VBG und BKW mussten leider coronabedingt kurzfristig wieder abgesagt werden. Der neue Muster-Vertrag wurde Ende Oktober zusammen mit Erklärungen zur neuen Rechtslage und mit den Muster-Reglementsgrundlagen allen Gemeinden per Mail zugestellt. Die Gemeinden sind nun aufgefordert, die nötige Reglementsgrundlage für die Erhebung der Konzessionsabgabe zu schaffen.

### **Teilrevision Volksschulgesetz**

Der Grossrat hat im Berichtsjahr in erster Lesung die Revision des Volksschulgesetzes behandelt. Hierbei geht es vor allem um die Integration der Sonderschulung in die Volksschulgesetzgebung. Die Gemeinden werden auch bei einer Überführung der Sonderschulung weg von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion hin zur Bildungs- und Kulturdirektion und damit einhergehend die Regulierung in der Volksschulgesetzgebung in diesem Bereich keine Aufgaben wahrnehmen, daran ändert sich gegenüber der heutigen Regelung nichts. Die Finanzierung verbleibt hingegen bei der Lastenverteilung Sozialhilfe, was eigentlich systemfremd ist, da den Gemeinden bei der Sonderschulung keine Zuständigkeiten zukommen. Dies war allerdings

schon bisher so, weshalb von einer Kantonalisierung dieser Finanzierung abgesehen wird, da dies einen weiteren Lastentransfer via Art. 29b FILAG auslösen würde, was angesichts des bereits hohen Saldos zulasten der Gemeinden unerwünscht ist. Die Neuordnung der Sonderschulung führt ungeachtet davon trotzdem zu verschiedenen Aufgabenverschiebungen und zu einer Mehrbelastung des Kantons von CHF 3,5 Mio. Dieser Betrag wird den Gemeinden im Rahmen von Art. 29b FILAG angelastet.

Die vorgesehene Regulierung bezüglich Talentförderung in Sport und Musik erscheint sinnvoll, die Finanzierung der Gehälter beziehungsweise der Kosten erfolgt über die Lastenverteiler Lehrergehälter. Dies bedeutet, dass diese Aufwendungen nicht mehr von den Wohnortgemeinden bezahlt werden müssen, sondern künftig von Kanton und der Gesamtheit aller Gemeinden zusammen.

#### **Controllingbericht ADT – Planungserklärungen der GPK**

Der VBG war von der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission (GPK) eingeladen, sich zum regierungsrätlichen Bericht und den vorgeschlagenen Massnahmen im ADT-Bereich zu äussern. Er hat sich in diesem Rahmen dafür ausgesprochen, dass die Richtplankompetenz bei der Region verbleibt. Dies entgegen dem Vorschlag des Regierungsrates, die Zuständigkeit für die grundeigentümerverbindlichen ADT-Nutzungsplanungen dem Kanton zu übertragen. Im Sinne eines möglichen Kompromisses schlägt der VBG deshalb vor, die Zuständigkeit weiterhin bei den Gemeinden zu belassen, gegebenenfalls aber anstelle der Legislative künftig den Gemeinderat als zuständige Entscheidbehörde vorzusehen.

#### **Rahmengesetz digitale Verwaltung**

Der Kanton hat ein neues Kontaktgremium Digitalisierung eingesetzt, in welchem die Regierungsrätinnen Allemann und Simon und der Staatschreiber vertreten sind. Der VBG wird vom Präsidenten und vom Geschäftsführer vertreten. Es ist wichtig, dass der Staat – der Kanton und die Gemeinden bei der rasch voranschreitenden Digitalisierung einigermaßen Schritt halten kann. Gleichzeitig will man sich seitens der Gemeinden nicht bedingungslos dem Diktat des Regierungsrats unterwerfen, wenn es um für die Gemeinden verpflichtende und allenfalls kostenintensive Vorgaben geht. Es wurden deshalb verschiedene Varianten geprüft, wie die rechtliche Mitsprache / Mitentscheidung der Gemeinden bei Digitalisierungsprojekten, die sie direkt betreffen, rechtlich korrekt ausgestaltet werden könnte. Es ist nun vorgesehen, dass der VBG und die kommunalen Fachverbände in die Vorbereitung von Verordnungen und Entscheiden einbezogen werden müssen, wenn diese für die Gemeinden mit Pflichten oder Kosten verbunden sind. Wenn die Digitalisierungsbeschlüsse den Gemeinden wesentliche Pflichten oder Kosten auferlegen, bedürfen sie entweder einer Grundlage im formellen Gesetz oder die ausdrückliche vorherige Zustimmung des VBG, der dazu gegebenenfalls die Gemeinden auch direkt befragen kann. Dies ist eine ungewöhnliche Lösung, führt aber zu raschen Entscheidungen und bietet Gewähr, dass der nötige politische Druck vorhanden ist, damit bei der Ausarbeitung von einfachen Beschlüssen oder Verordnungsrecht in aller Regel gemeinsam gute Lösungen gefunden werden können. Vor allem bei Projekten mit entsprechend hohen Kosten müsste der VBG umsichtig agieren, um seiner grossen Verantwortung gerecht zu werden.

#### **Chlorothalonil**

Die Verunreinigung des Trinkwassers mit Chlorothalonil hat zu intensiven Diskussionen und zu zahlreichen Medienberichten mit teilweise auch leicht hysterischen Reaktionen geführt. Der Bund hat über lange Zeit die Bewilligung zum Einsatz von Pestiziden erteilt, was sich im Nachhinein als problematisch erweist. Nun macht der gleiche Bund sehr restriktive Vorgaben, die innert zweier Jahre erfüllt werden sollen. Hier ist es wichtig, dass die Wasserversorgungen mit Augenmass vorgehen und stets auch die Verhältnismässigkeit im Auge behalten. Die Gemeinden tun gut daran, ihre Wasserversorgungen dabei kritisch zu begleiten und einen direkten Austausch zu pflegen. Auch wenn die in Aussicht genommenen Investitionen den Steueraushalt nicht belasten, gehen diese Aufwendungen zulasten der Spezialfinanzierung Wasser, was zu höheren Gebühren führt. Der VBG beobachtet die weitere Entwicklung sehr aufmerksam und beurteilt die Situation fortlaufend neu.

#### **eAnzeiger – Teilrevision Gemeindegesezt**

Der VBG hat vor einiger Zeit angeregt, das Gemeindegesezt so zu revidieren, dass es den Gemeinden künftig freisteht, ob sie den Anzeiger weiterhin in gedruckter Form herausgeben wollen, oder ob dies digital erfolgt. Der Entwurf der Teilrevision des Gemeindegeseztes ist nun in der Vernehmlassung. Dem VBG ist es ein wichtiges Anliegen, dass jede Gemeinde selber entscheiden kann, wie ihre amtlichen Verlautbarungen erfolgen sollen. Soweit der amtliche Anzeiger nur geringfügige Kosten verursacht oder sogar einen Ertrag abwirft, dürfte diese an der Papierform festhalten, während in Gebieten, wo die Gemeinden umfangreiche Gelder ein-

schiessen müssen, die Tage des Papieranzeigers wohl gezählt sein dürften. Bis die Revision des Gemeindegesetzes in Kraft tritt und die Umsetzung erfolgt ist, dürften allerdings zwei bis drei Jahre vergehen. Unbenommen bleibt den Gemeinden aber selbstverständlich, die teilweise von den Anzeigern betriebenen bisherigen Internetauftritte weiter zu führen. Es zeichnet sich im Rahmen der Behandlung der Vorlage im Grossen Rat eine Lösung ab, wonach die Gemeinden sowohl in elektronischer Form wie auch im Printanzeiger publizieren können.

#### Handbuch Gemeindepolizeiaufgaben

Die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern hat beschlossen, das von den Gemeinden im Alltag sehr geschätzte Handbuch «Gemeindepolizeiaufgaben» zu aktualisieren. Diese Überarbeitung erfolgt unter direktem Einbezug des VBG und der bernischen Ortspolizeivereinigung BOV, damit die Anliegen der Praxis eingebracht werden können. Aufgrund zahlreicher Gesetzesänderungen seit der letzten Überarbeitung im Jahr 2011 besteht ein erheblicher Handlungsbedarf. Neue Herausforderungen in den Gemeinden sind beispielsweise Drohnen, Downhill-Bikestrecken, 5G-Antennen, Wildcampierer, Risikosportarten oder auch die allgegenwärtige Pandemiebewältigung.

### MEINUNGSBILDUNG

#### Konsultationen / Vernehmlassungen

Alle Konsultationen und Vernehmlassungen werden dem Vernehmlassungsausschuss VBG / BGK unterbreitet, welchem die folgenden Mitglieder angehören:

- Daniel Bichsel, Präsident VBG
- Erich Fehr, Vizepräsident VBG

- Monika Gerber, Geschäftsführerin BGK / Stv. Geschäftsführerin VBG
- Kurt Gyger, Vizepräsident BGK
- Beat Heuer, Präsident BGK
- Reto Pfahler, Präsident Bernische AHV-Zweigstellenleiter/-innen
- Markus Rindlisbacher, Vizepräsident BGK
- Stephanie Wittmer, Vorstandsmitglied BGK
- Daniel Arn, Geschäftsführer VBG

Der VBG-Geschäftsführer sichtet die Vorlagen unmittelbar nach deren Eingang. Er erstattet dem Ausschuss seinen Bericht und setzt eine Frist zur Stellungnahme. Bei Bedarf werden weitere Partnerverbände oder Personen mit besonderer Expertise in die Meinungsbildung einbezogen. Die Partnerverbände des Berner Juras werden ebenfalls mit den Vernehmlassungsunterlagen bedient. In praktisch allen Fällen ist eine konsolidierte Meinungsbildung per Mail möglich. In seltenen Ausnahmefällen wird bei sehr komplexen oder umstrittenen Vorlagen eine Sitzung einberufen. Die Eingaben können auf der Homepage ([www.begem.ch/vernehmlassungen](http://www.begem.ch/vernehmlassungen)) nachverfolgt werden.

Im Berichtsjahr nahm der VBG zu den folgenden Geschäften Stellung:

- Konsultation zur Verordnung über die Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich (SAFV)
- Rolle und Aufgaben der RSTH bei Brandfällen
- Geoinformationsstrategie 2020
- Verfassung des Kantons Bern (Änderung)
- Einführungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB)

- Weiterentwicklung des Sonderstatuts: Änderung des Sonderstatutgesetzes (Projekt Status quo plus)
- Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (RG KUMV)
- Neues Muster-Abfallreglement mit Muster-Abfallverordnung
- Änderung der Verordnung über die Erhaltung der Lebensgrundlagen und der Kulturlandschaft (ELKV)
- Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (BSFG)
- BSIG Abrechnung Lastenausgleich Sozialhilfe für das Jahr 2020
- Gesetz über die Berner Fachhochschule (FaG) (Änderung)
- Kantonales Landwirtschaftsgesetz (KLwG)
- Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV)
- ÖREB-Kataster – Genehmigung der Programmvereinbarung 2020–2023
- Änderung Baugesetz, Dekret über das Baubewilligungsverfahren / eBUP
- Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich für 2020 bis 2024
- Teilrevision der bernischen Gemeindegesetzgebung
- Bewilligungsfreier Sonntagsverkauf im Kanton Bern für das Jahr 2021
- Einführungsgesetz Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen IVöB
- Kantonales Sportförderungsgesetz
- Quellensteuerverordnung (QSV). Totalrevision
- Gesetz über die Digitale Verwaltung (DVG)
- Gesetz über die Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLG)
- Gesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Kantonales Sportförderungsgesetz, KSFG)

- Feuerschutz- und Feuerwehrverordnung
- GERES- und ZPV-Verordnungen
- Revision des Strassengesetzes
- GVB Muster-FW-Reglement / Anpassung 2020
- Kontaktgremium Kanton-Gemeinden / Auflösung
- Totalrevision des Kantonalen Finanzkontrollgesetzes (KFKG)
- Revision Taxiverordnung
- «Richtplananpassungen 20»
- Stimmrechtsalter 16
- Verordnungen über die GERES-Plattform und die ZPV
- Gesundheitsgesetz (GesG)
- Änderung des Gesetzes über die finanziellen Leistungen an die Mitglieder des Regierungsrates
- Einführungsverordnung Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (EV BZG) sowie Teilrevisionen der Kantonalen Bevölkerungsschutzverordnung (KBSV) und der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZSV)
- Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften
- ÖREB-Kataster: Neue Weisung zu Rechtsvorschriften und gesetzlichen Grundlagen
- Messakten zu Geometergeschäften
- Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer
- Kommunale Datenschutzberatung / -aufsicht
- Geres V: Anhänge 1 und 3
- «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen»
- Änderung Gemeindegesetz (GG): Einführung amtlicher Bekanntmachungen in elektronischer Form (eAnzeiger)

## VBG – ORGANE

### VBG-Hauptversammlung vom 19. Juni 2020

Aufgrund der coronabedingten Absage der Hauptversammlung vom 19. Juni 2020 haben die Mitgliedsgemeinden schriftlich über die Geschäfte des VBG abgestimmt. Allen Geschäften ist mit grossen Mehr ohne Gegenstimmen die Zustimmung erteilt worden. Der Vorstand hat das Ergebnis der Abstimmung erwahrt und protokollarisch festgehalten. Das Protokoll ist auf [www.begem.ch](http://www.begem.ch) veröffentlicht worden.

### Vorstand

Der VBG-Vorstand besteht aktuell aus neun Mitgliedern. Die breit abgestützte Zusammensetzung (Region, Gemeindegrösse, politische Zugehörigkeit etc.) soll gewährleisten, dass der Verschiedenartigkeit der bernischen Gemeinden bestmöglich Rechnung getragen wird. Die Bedeutung dieser Zusammensetzung sollte trotzdem nicht überschätzt werden, da sich der VBG ganz bewusst weder zu gesellschafts- noch zu regionalpolitischen Fragen einbringt. Es geht im Vorstand vielmehr darum, einen möglichen gemeinsamen Nenner aller Gemeinden zu erkennen und den Einfluss auf die kantonale Politik durch eine starke Gemeindevertretung im Grossen Rat hoch zu halten. Der Vorstand trifft sich in der Regel am ersten Montag der Grossratssessionen, damit in der Session anstehende gemeinderelevante Geschäfte besprochen und das Vorgehen falls nötig koordiniert werden kann.

Der Vorstand bestand im Berichtsjahr aus den folgenden Personen:

- Daniel Bichsel (Präsident), Gemeindepräsident Zollikofen / Grossrat

- Peter Aeschlimann, Gemeindepräsident Trub
- Madeleine Amstutz, Gemeindepräsidentin Sigriswil (bis 31.12.2020) / Grossrätin
- Erich Fehr, Stadtpräsident Biel / Bienne (Vizepräsident)
- Beat Heuer, Gemeindeschreiber Brügg / Präsident BGK
- Virginie Heyer, Maire de Perrefitte / Députée
- Bänz Müller, Gemeindepräsident Wohlen / Grossrat
- Peter Siegenthaler, Gemeinderat Thun / Grossrat
- Barbara Zürcher-Wichtermann, Gemeindepräsidentin Kirchenthurnen (bis 31.12.2019)

Die Geschäftsleitung besteht aus dem Präsidenten und dem Geschäftsführer, die im Alltag praktisch täglich miteinander im Kontakt stehen. So wird gewährleistet, dass der Verband rasch entscheiden und kommunizieren kann. Dies ist im schnelllebigen politischen Umfeld und der heutigen Medienlandschaft unerlässlich. Bei wichtigen politischen Fragestellungen wird stets der ganze Vernehmlassungsausschuss einbezogen.

### Gruppe der hauptamtlichen Stadt- und Gemeindepräsidien

Die Gruppe der hauptamtlichen Stadt- und Gemeindepräsidien besteht aus 20 Personen, die ihr Gehalt zu einem erheblichen Teil oder vollständig von der Gemeinde beziehen. Viele der Hauptamtlichen sind gleichzeitig im Grossen Rat tätig, weshalb die Zusammenkünfte in der Regel während der Session stattfinden. Coronabedingt konnte 2020 allerdings nur ein einziges Treffen stattfinden. Hoffentlich wird es 2021 möglich sein, den Austausch wieder im Rahmen von persönlichen Treffen zu pflegen.

## BEZIEHUNGEN ZU ANDEREN KOMMUNALEN ORGANISATIONEN

Der VBG ist dankbar, dass er eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den verschiedenen kommunalen Kaderorganisationen pflegen darf. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit bewährt sich seit vielen Jahren bestens und ist mit einer der Gründe für das grosse politische Gewicht der Kommunalverbände im Kanton Bern. Das intensive Miteinander mit den Verwaltungskadern leistet zudem einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Akzeptanz des VBG in den einzelnen Gemeinden. Trotz dieses Zusammenwirkens bleibt der VBG selbstverständlich das politische Sprachrohr der Gemeinden. Die freundschaftlichen Kontakte des VBG zu «gemeindenahen» Organisationen umfassen namentlich die Folgenden, denen hiermit einmal mehr ausdrücklich gedankt wird:

- Bernisches Gemeindekader
- Verband Bernischer Steuerverwalter
- Bernische AHV-Zweigstellenleiterinnen und -leiter
- Bernische Ortspolizeivereinigung
- Berner Konferenz für Sozialhilfe, Erwachsenen- und Kinderschutz
- Verband Bernischer Bürgergemeinden und bürgerlicher Korporationen
- Kirchgemeindeverband des Kantons Bern
- Gemeindeverbände anderer Kantone
- Schweizerischer Gemeindeverband
- Schweizerischer Städteverband
- Geschäftsstelle der Regierungsstatthalterämter des Kantons Bern
- Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Bern
- Verband der Schulbehörden Kanton Bern
- Bernischer Zivilschutzverband

## AUS- UND WEITERBILDUNG

### Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung (bwd Bern)

Der VBG ist Träger der Aus- und Weiterbildungsangebote für die Gemeinden und direkt in den verschiedenen Kommissionen vertreten. Die Aus- und Weiterbildung wird inhaltlich jedoch stark vom Bernischen Gemeindekader (BGK) und damit richtigerweise von den Bedürfnissen der Fachleute geprägt. Die aktive Einflussnahme der Kommunalverbände ist mit der Schaffung einer professionellen Geschäftsstelle beim BGK im Juni 2015 noch gewinnbringend verstärkt worden. So ist die Geschäftsführerin des BGK zuständig für alle inhaltlichen Fragestellungen rund um die Aus- und Weiterbildungsangebote der Gemeinden. Demgegenüber verantwortet die Schule ihrerseits alle Administrationsaufgaben rund um die Kurs- und Prüfungsorganisation. Der VBG bedankt sich an dieser Stelle bei Monika Gerber, welche hervorragende Arbeit leistet. Ein riesiges Dankeschön geht zudem an alle Personen, die sich als Mitglied in einer der verschiedenen Kommissionen, als Dozentinnen und Dozenten oder Expertinnen und Experten für die Aus- und Weiterbildung der bernischen Gemeinden engagieren.

Ein ganz spezieller Dank gilt dem bwd Bern. Dies betrifft einerseits den ganzen Vorstand unter der Leitung des Präsidenten Fritz Jenzer sowie andererseits dem Direktor Raymond Anliker mit seinem ganzen Team. Die Verantwortlichen des bwd waren unter Corona mit kurzfristig immer wieder wechselnden Spielregeln ganz speziell herausgefordert. Diese Herausforderungen wurden dank enormem Einsatz immer wieder aufs Neue bestmöglich im Interesse der Teilnehmenden gemeistert!

### Politforum Thun

Träger des Vereins Politforum Thun sind nach wie vor die Stadt Thun, der VBG, das Amt für Gemeinden und Raumordnung und das Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung Bern. Das bwd organisiert das Politforum im Auftrag der Trägerschaft.

Im Vorstand des Vereins Politforum nehmen die folgenden Personen Einsitz:

- Raphael Lanz (Präsidium), Stadtpräsident Thun
- Raymond Anliker, Direktor bwd
- Monika Gerber, Geschäftsführerin BGK / Stv. Geschäftsführerin VBG
- Bruno Huwlyer, Stadtschreiber Thun
- Daniel Wachter, Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung

Der Beirat des Politforums setzt sich wie folgt zusammen:

- Stefan Geissbühler, Chefredaktor Thuner Tagblatt
- Sandra Hess, Stadtpräsidentin Nidau
- Andreas Ladner, Direktor/Professor IDHEAP Lausanne
- Reto Müller, Stadtpräsident Langenthal
- Christoph Niederberger, Direktor Schweizerischer Gemeindeverband
- Adrian Ritz, Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern
- Hans Stöckli, Ständerat
- Kurt von Känel, Geschäftsführer der Regierungsstatthalter des Kantons Bern

Das 15. Politforum Thun vom 13./14. März 2020 stand unter dem Titel: «Zwischen Hamsterrad, Erwartungsdruck und Selbstverwirklichung» und startete mit einem erneuten Rekord bei den Anmeldezahlen vielversprechend

ins Jahr 2020. Der Rest ist leider Geschichte: Am 5. März 2020 wurden die Teilnehmenden darüber informiert, dass der Anlass coronabedingt nicht durchgeführt werden kann. Das Programm wurde um ein Jahr verschoben und wird 2021 – in digitaler Form – über die Bühne gehen.

### **Berufsausbildung (BAKO)**

Die Berufsausbildungskommission der bernischen Gemeinden (BAKO) wird durch den VBG reglementiert. Dies in der Funktion des VBG als so genannte Organisation der Arbeitswelt (Oda). Die Zusammensetzung der Kommission präsentiert sich wie folgt:

- Reto Pfaher, AHV-Zweigstellenleiter Thun (Präsident)
- Martin Bieri, Gemeindeschreiber Kirchlindach
- Monika Gerber, Geschäftsführerin BGK / Stv. Geschäftsführerin VBG
- Beat Läderach, Gemeindeverwalter Kallnach
- Elisabeth Lottaz, Berufsbildnerin Köniz

Von Amtes wegen gehören der BAKO ausserdem an:

- Brigitte Schweizer, Leiterin der Geschäftsstelle BAKO
- ein/e Vertreter/in des Mittelschul- und Berufsbildungsamts des Kantons Bern (MBA) (ohne Stimmrecht)

## **GESCHÄFTSSTELLE**

### **Kontakte zum Kanton**

Die Kontakte zum Kanton waren auch im Jahr 2020 sehr intensiv, trotz Corona wurden viele Geschäfte vorangetrieben und konnten in aller Regel befriedigenden Lösungen zugeführt werden. Die ausserordentliche bzw. dann die besondere coronabedingte Lage war äusserst anspruchsvoll. Hier

gibt es sehr positive Beispiele wie die gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem AGR und der Geschäftsleitung der Regierungsstatthalter. Dank gutem Einvernehmen und kurzen Wegen konnte jeweils bei allen neuen Fragen sehr rasch eine gemeinsame Meinungsbildung erfolgen und die Information an die Gemeinden resultierte gemeinsam aus einer Hand. Leider zeigten sich aber auch klare Schwachstellen, weshalb bereits im Juni eine erste Zwischenevaluation vorgenommen und Verbesserung initiiert wurden. Mehr als einmal musste der VBG im Verlaufe der Krise beim Kanton – teils mit hohem Nachdruck – intervenieren. Trotz teils hart geführter Auseinandersetzungen konnte dem gemeinsamen Anliegen nachgelebt werden, dass gegen aussen stets einvernehmlich aufgetreten wurde. In einer Krise erscheint es zentral, dass die ohnehin schon herausfordernde Situation nicht noch durch Querelen zwischen verschiedenen staatlichen Akteuren vergrössert wird. Dies ist im Kanton Bern dank einer letztlich insgesamt tragfähigen und verlässlichen Beziehung zwischen Kanton und Gemeinden – an der seit vielen Jahren immer wieder gearbeitet wird – sehr gut gelungen.

### **Kontakte zu den Medien**

Der VBG betreibt seit vielen Jahren eine zurückhaltende Medienpolitik. Nur bei wichtigen Geschäften – namentlich nach der Durchführung einer flächendeckenden Gemeindeumfrage – informiert der VBG proaktiv. Meistens sind es aber die Medien, welche beim VBG um eine Stellungnahme zu aktuellen Fragestellungen ersuchen. Die Medienauskünfte des VBG erteilt konsequent der Präsident oder allenfalls der Vizepräsident – also die Politik – und nicht die Geschäftsstelle.

### **Kontakte zu den Mitgliedern**

Der Geschäftsführer hat in seinem Arbeitsalltag unzählige direkte Kontakte zu den Gemeinden. In vielen Fällen betrifft dies Fragen rechtlicher Natur, die dem Geschäftsführer zur Stellungnahme unterbreitet werden. Teils gelangen die Gemeinden aber auch mit politischen Anliegen an den VBG. Alle diese Kontakte sind hilfreich für den VBG, der dank diesen immer über ein aktuelles Stimmungsbild der kommunalen Befindlichkeiten verfügt. Nur dank diesen direkten Kontakten und Informationen ist der VBG in der Lage, frühzeitig auch gesetzgeberischen Bedarf zu erkennen und direkt bei den zuständigen Stellen zu intervenieren. Rückblickend auf das vergangene Jahr lässt sich erfreulicherweise feststellen, dass dieses Konstrukt sich auch in schwierigen Zeiten bewährt.

### **Arbeitsbelastung / Personelles**

Es war nicht ganz einfach, das VBG-Schiff auch durch die Corona-Wellen hindurch auf Kurs zu halten. Der VBG arbeitet effizient und schlank und verfügt entsprechend über keinen grossen Personalkörper. Gleichzeitig macht es Sinn, alle Corona-Fragen aus einer Hand und damit mit einheitlicher Stossrichtung zu bewirtschaften. Dies war vis-à-vis beim Kanton nicht immer der Fall. Die Hauptlast in den stürmischen Zeiten lag deshalb insbesondere beim Geschäftsführer, der entsprechend oftmals praktisch 24/7 im Einsatz stand.

Der VBG wird seitens des Geschäftsführers im Mandatsverhältnis bewirtschaftet, der VBG selber hat keine Angestellten. Alle für den VBG in Erscheinung tretenden Personen der Geschäftsstelle sind somit Angestellte des Geschäftsführers. Auch alle logistischen Bedürfnisse (Räumlichkeiten,

IT-Infrastruktur, Buchhaltung, Archiv etc.) werden durch die Firma des Geschäftsführers befriedigt. So kann sich die VBG-Politik auf die inhaltlichen Fragen beschränken und muss keine eigene Organisation verantworten. Neben der Unterstützung durch die stellvertretende VBG-Geschäftsführerin Monika Gerber, die gleichzeitig als Geschäftsführerin BGK tätig ist, sind in der Kanzlei Nicole Binggeli als Sachbearbeiterin und Tamara Maurer als Lernende tätig. Die Büropartner von Recht & Governance unterstützen den Geschäftsführer täglich mit Rat und Tat und übernehmen bei Abwesenheit des Geschäftsführers allfällige Rechtsanfragen. Bei betriebswirtschaftlichen Fragestellungen kann Ueli Seewer im Mandatsverhältnis beigezogen werden. Und last but not least ist an dieser Stelle der hervorragende Übersetzer Michel Jacot-Descombes zu erwähnen, der für alle Übersetzungen in die französische Sprache verantwortlich ist. Allen Mitwirkenden sei an dieser Stelle einmal mehr herzlich für ihr Engagement gedankt.

Wie angekündigt wird der Geschäftsführer Daniel Arn auf Mitte 2021 – nach über 25 Jahren – das Mandat niederlegen, bleibt aber weiterhin in der Kanzlei R&G tätig. Der VBG-Vorstand hat im Frühjahr 2020 im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens das Mandat per 1. Juli 2021 neu an Jürg Wichtermann vergeben. Der 56-jährige Dr. Jürg Wichtermann ist Rechtsanwalt und heute Stadtschreiber von Bern. Mit seiner umfassenden Ausbildung und seinen weitreichenden Erfahrungen in verschiedenen Funktionen auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene sowie seinem Expertenwissen im bernischen Gemeinderecht ist er hervorragend qualifiziert, die VBG-Geschäftsführung zu übernehmen. Jürg

Wichtermann wird per 1. Juli 2021 als Partner in die Kanzlei Recht & Governance eintreten und, soweit den VBG betreffend, die bisherige Rolle von Daniel Arn übernehmen. Die Anstellung der bisherigen Geschäftsführer-Stellvertreterin, Monika Gerber, wird weitergeführt. Der VBG-Vorstand freut sich auf die künftige Zusammenarbeit mit Jürg Wichtermann.

#### **Gesamtbeurteilung / Ausblick**

Das Geschäftsjahr war einerseits geprägt von der Corona-Pandemie, andererseits von Geschäften mit einer sehr strategischen Dimension, namentlich was die Planungsprozesse (Vorprüfung, Genehmigung) und die Digitalisierung und deren Regulierung anbelangt.

Zu Beginn der Pandemie musste der VBG mehrmals mit Nachdruck intervenieren, weil der Kanton gegenüber den Gemeinden wie gegenüber kantonalen Verwaltungseinheiten auftreten wollte, was weder rechtlich noch politisch angeht. In der Folge wurden verschiedene Aussprachen geführt – teilweise mit einer mehrköpfigen Vertretung des Regierungsrats – und es entwickelte sich eine sehr gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Dem VBG war es stets ein Anliegen, in der Sache hart zu verhandeln, den Kanton aber bei seinen Bemühungen zur Bewältigung dieser Pandemie zu unterstützen und Meinungsverschiedenheiten zu klären und nicht an die Öffentlichkeit zu tragen. An dieser Stelle sei dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Regierungstatthalterämter, Martin Küenzi, herzlich für seinen sehr grossen Einsatz und sein Verständnis für die Anliegen der Gemeinden herzlich gedankt. Er hat es verstanden, als Vertreter des Sonderstabes die Diskussion mit dem VBG und dem AGR zu führen und stets nach guten und trag-

fähigen Lösungen zu suchen. Auch die Mitwirkung des AGR war sehr wertvoll, wie auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Direktionen und Ämtern. Namentlich zu erwähnen sind die vielen positiven Kontakte mit der Direktion für Gesundheit, Soziales und Integration, mit der Direktion für Bildung und Kultur, mit der Direktion für Inneres und Justiz, mit der Staatskanzlei und mit der Kantonspolizei. Alle ziehen am gleichen Strick und sind bemüht, die anstehenden Probleme mit Augenmass und unter Beachtung der Verhältnismässigkeit zu lösen.

Die Gemeinden sind mit den Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren des AGR gar nicht zufrieden. Es bleibt zu hoffen, dass sich mit den inzwischen erarbeiteten und beschlossenen Massnahmen eine Verbesserung einstellen wird. An dieser Stelle ist auf das ganz grundsätzliche Problem hinzuweisen, dass der Gesetzgeber – vor allem auf Stufe Bund – immer mehr Bereiche regulierend einschränkt, was die Handlungsspielräume der Planungsträger immer mehr in seiner ohnehin bescheidenen Handlungsfähigkeit einschränkt. Dabei besteht das Problem oft darin, dass die verschiedenen Vorgaben ein schwieriges Spannungsfeld erzeugen und dass sich die Vorgaben des übergeordneten Rechts kaum gleichzeitig verwirklichen lassen. Gleichzeitig ist unbestritten, dass die Planungen nach wie vor primär von den Gemeinden zu verantworten sind, was bedingt, dass diesen die nicht mehr sehr grossen Handlungsspielräume gewährt werden müssen. Es geht nicht an, dass der Kanton an Stelle der Gemeinden Ermessenentscheide fällen will. Ob seitens des Kantons wirklich der Wille besteht, den Gemeinden die ihr zustehenden Handlungsspielräume auch zu gewähren

und zur wahrnehmbaren Beschleunigung der Verfahren beizutragen, wird sich weisen.

Bei der Digitalisierung herrscht staatlicher Nachholbedarf. Während sich die Zivilgesellschaft mit grosser Geschwindigkeit in die digitale Zukunft entwickelt, hinken die staatlichen Institutionen hinten nach. Ein privatwirtschaftliches Unternehmen kann mit einer Anordnung von oben praktisch beliebig neue digitale Prozesse verordnen, beim Staat ist das aufgrund verschiedener Befindlichkeiten komplizierter. Praktisch in allen wichtigen Politikbereichen handelt es sich um Ver-

bundaufgaben, die in aller Regel über zwei oder gar drei staatliche Ebenen gesteuert und finanziert werden müssen. Den Gemeinden steht bei der Organisation erhebliche Autonomie zu, die der Kanton nur Vorgaben im Gesetz übersteuern kann. Und hier liegt das Problem: Einerseits muss der Kanton Vorgaben machen können, wenn er sich digital rascher entwickeln will. Andererseits geht es nicht an, dass die Gemeinden bezüglich der Digitalisierung blosse Befehlsempfänger werden, so funktioniert das nicht. Es erscheint zwingend, dass die Gemeinden in allen sie betreffenden Prozessen einbezogen werden. Damit sie in den Pro-

jektorganen das nötige Gewicht haben, müssen sie bei einem unbefriedigenden Projektverlauf den Grossen Rat als Entscheidungsinstanz anrufen können. Nur mit diesem Hebel werden die Interessen der Gemeinden berücksichtigt. Die Möglichkeit, ein Geschäft dem Grossen Rat zu unterbreiten wird dazu führen, dass davon gar nie Gebrauch gemacht werden muss.

Diese Themen werden den VBG und damit auch die Gemeinden in nächster Zeit noch beschäftigen und in Anspruch nehmen.



**Wir machen Archive.**

**ARCHIVDATEN.CH**

archivdaten.ch GmbH  
 Schulhausstrasse 18, 3086 Zimmerwald  
 info@archivdaten.ch, www.archivdaten.ch  
 031 819 05 05

# RAPPORT ANNUEL 2020 DE L'ACB

## LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

### Faire face à la crise du coronavirus

Ce n'est pas vraiment par hasard que le présent rapport commence par ce sujet. Les communes n'étaient pas les seules à devoir sans cesse réagir aux plus récents développements de la situation, le secrétariat de l'ACB était logé à la même enseigne. Le coronavirus a été présent lors d'innombrables séances et téléconférences et il était important de pouvoir prendre le plus rapidement possible les dispositions qui s'imposaient en concertation avec les différents services du canton. Il fallait en effet que les communes puissent chaque fois disposer d'un maximum de temps pour la mise en œuvre des mesures, et cela malgré des délais souvent très serrés. Et si le canton dispose d'un service spécialisé avec du personnel en effectif suffisant pour presque chacune des tâches qu'il doit accomplir, le secrétariat de l'ACB, lui, doit se contenter de ressources en personnel limitées. Durant l'exercice sous revue, ce dernier a donc souvent été sollicité très fortement et bien au-delà de la mesure habituelle. Les efforts et travaux du secrétariat de l'ACB restent souvent invisibles de l'extérieur, car ils visent à rendre les directives et instructions du canton acceptables pour les communes. Lorsque l'ACB parvient à ses fins, celles-ci ne s'en rendent même pas forcément compte. Les informations relatives au coronavirus ont chaque fois été le plus rapidement possible mises en ligne sur le site Web [www.begem.ch](http://www.begem.ch). L'ACB a notamment été consultée et a pu apporter sa contribution dans de nombreux domaines tels que la planification de la campagne de vaccination, l'ouverture des domaines skiables et les plans de protection des communes concernées, le contrôle par les communes de la mise en œuvre

de diverses mesures de protection ou les fermetures d'écoles au printemps 2020 et les mesures permettant leur réouverture. Elle s'est en outre également penchée sur les questions et les préoccupations des communes en rapport avec les mesures qui les touchaient directement comme l'organisation des assemblées municipales ou les plans de protection pour les installations communales et assimilables.

### Loi sur les programmes d'action sociale (LPASoc), modification indirecte de la loi sur l'aide sociale (LASoc)

Invitée à se présenter devant la Commission de la santé et des affaires sociales (CSoc) du Grand Conseil, l'ACB a eu la possibilité de contribuer à la mise en place de certaines améliorations dans l'intérêt des communes. Cela étant, une importante exigence des communes, encore en suspens, concerne l'introduction d'un système uniforme de gestion des cas. Sur le principe, les associations qui représentent les intérêts des communes (ci-après : les associations) sont favorables à un tel système. Cela dit, il est crucial pour les communes que le Conseil-exécutif ne puisse pas leur imposer un système uniforme de gestion des cas par voie d'ordonnance (art. 57k LASoc, indirectement modifié par la LPASoc) sans tenir compte de leurs intérêts de manière appropriée. Faisant suite à une intervention de l'ACB, le Grand Conseil a accepté que ce point soit renvoyé devant la CSoc, renvoi d'ailleurs soutenu par la commission elle-même, pour pouvoir être éclairci lors de la seconde lecture. La solution souhaitée serait comparable à celle du projet de loi sur l'administration numérique (LAN) qui prévoit que le gouvernement peut imposer des obligations ou des charges supplémentaires aux communes uniquement si une base légale le dispose ou

avec le consentement préalable explicite de l'ACB. En cas de poursuite du projet, les communes ne seraient ainsi plus soumises au diktat du canton et l'ACB serait en mesure de défendre leurs intérêts efficacement. Sur la base des entretiens qui ont eu lieu depuis lors avec les responsables de la DSSI, il apparaît que le projet qui sera examiné en seconde lecture ne sera plus contesté du point de vue des communes.

### Taxe sur la plus-value d'immeubles communaux

Le canton et les communes n'étaient pas d'accord sur la question de savoir si, pour des immeubles qu'elles détiennent sur leur propre territoire, les communes devaient aussi acquitter les 10 % de la taxe sur la plus-value dus au canton. Un avis de droit sur la question n'avait pas permis de mettre fin à cette controverse. Malgré cela, le Conseil-exécutif a déjà modifié l'ordonnance sur les constructions sans préalablement consulter les communes. Cette manière de procéder a suscité une grande incompréhension de la part de l'ACB qui l'a perçue comme guère conforme à l'esprit de partenariat. Par la suite, à l'initiative de l'ACB, une motion intergroupe a été déposée pour demander à ce que la question soit tranchée par le Grand Conseil au moyen d'une modification de la loi sur les constructions. Celle-ci n'a malheureusement pas réussi à rassembler de majorité. Le Parlement l'a rejetée par 70 voix contre 61 et 17 abstentions. Ce résultat s'explique notamment du fait que plusieurs députés ne voulaient pas modifier la loi sur les constructions alors que celle-ci vient tout juste d'être révisée.

### Groupe de contact Aménagement du territoire

Au terme d'un processus difficile, long et laborieux émaillé de dures controverses, le groupe de contact Aména-

ment du territoire a adopté des mesures visant à améliorer les procédures d'aménagement du territoire. Les propositions élaborées avec le canton visent à transférer plus de responsabilités aux communes. Cela présuppose toutefois que celles-ci soient en mesure de garantir la qualité des procédures et de procéder à des pesées d'intérêts juridiquement corrects. Dans le cas contraire, les procédures risquent d'échouer sur la voie judiciaire. Le but est en fin de compte de rendre aux communes la marge de manœuvre dont elles ont besoin. La mise en œuvre des mesures nécessite certaines adaptations de textes normatifs, raison pour laquelle il va falloir faire preuve d'encore un peu de patience. Le groupe de contact accompagnera le processus au moyen d'un monitoring efficace et transparent. Par ailleurs, il y a lieu de relever que l'examen préliminaire ne constitue qu'un premier pas et que le groupe de contact Aménagement du territoire doit encore se pencher sur les procédures d'approbation et sur les procédures de recours. Il y a donc encore bien du pain sur la planche.

#### **Projet de réorientation de l'encouragement des fusions de communes**

Après que le Grand Conseil a approuvé le rapport « Avenir du découpage géographique du canton de Berne », le gouvernement a entrepris de réorienter l'encouragement des fusions de communes. Le principe en vertu duquel les fusions de communes doivent rester volontaires demeure incontesté, bien entendu sous réserve des dispositions de la loi sur les communes relatives aux fusions de communes ordonnées qui n'ont toutefois encore jamais été appliquées à ce jour et qui ne le seront fort probablement jamais. Par ailleurs, l'idée initialement discutée d'un canton de Berne réduit à 50 communes et celle

d'un plan directeur des fusions ont été abandonnées. Aujourd'hui, officiellement, on s'accorde néanmoins à envisager un objectif à très long terme de 100 à 150 communes. Sous la présidence de la Conseillère d'État Evi Allemann, le projet aborde maintenant la question de la définition des périmètres au sein desquels les fusions seront encouragées. À l'avenir, les encouragements seront décentralisés et dirigés par les préfetures. L'ACB est représentée au sein des organes du projet.

#### **Révision de la loi sur la protection des données – réorganisation de la surveillance communale de la protection des données**

Les dispositions relatives à la surveillance communale de la protection des données sont touchées par la révision de la loi cantonale sur la protection des données, car dans de nombreux cas, les organes communaux chargés de cette surveillance ne sont pas en mesure de répondre aux exigences en la matière. Dans de nombreuses communes, cette tâche est assignée à l'organe de vérification des comptes qui, par manque d'expertise et eu égard à un nombre sans doute restreint de cas à traiter, ne dispose pas du savoir-faire nécessaire. Pour combler ces lacunes, un nouveau modèle a été développé en collaboration avec des représentants de l'autorité cantonale de surveillance de la protection des données, du Directoire des préfetures, de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire et de plusieurs communes. Il prévoit le transfert des tâches assumées actuellement par les organes de surveillance communaux à un service cantonal. Les prestations dont les communes disposent ou devraient disposer aujourd'hui seront à l'avenir fournies par un service cantonal commun. Ce nouveau modèle doit toutefois encore

être affiné avant de pouvoir être intégré à la révision de la loi sur la protection des données.

#### **Nouveau contrat type avec les Forces motrices bernoises BKW**

En raison de la nécessité d'une base réglementaire et à la suite de modifications intervenues à l'échelon du droit supérieur, les communes qui souhaitent percevoir une redevance de concession sont dorénavant tenues de conclure un nouveau contrat de concession avec les BKW. L'ACB a d'une part négocié un nouveau contrat type avec les BKW et d'autre part élaboré des formulations types pour une base réglementaire à l'échelon communal. Ces propositions se fondent sur les conclusions d'un examen approfondi de la situation juridique et, notamment, d'un arrêt récent du Tribunal fédéral sur la question des bases légales indispensables autorisant la perception de redevances de concession. Les quatre séances d'information communes ACB/BKW qui devaient avoir lieu dans le courant de l'automne 2020 ont malheureusement dû être annulées en raison de la pandémie de coronavirus. Fin octobre, le nouveau contrat type a été envoyé aux communes par courriel, accompagné d'explications relatives à la situation juridique et d'un projet de base réglementaire. Il appartient désormais aux communes d'élaborer un règlement leur permettant de percevoir une redevance de concession.

#### **Révision partielle de la loi sur l'école obligatoire**

En 2020, Le Grand Conseil a examiné la révision de la loi sur l'école obligatoire en première lecture. Il en va avant tout de l'intégration de la scolarisation spécialisée dans la législation sur l'école obligatoire. Par rapport à la réglementation actuelle, les communes n'auront

pas à assumer de nouvelles tâches dans ce domaine malgré le transfert de la responsabilité des écoles spécialisées dans le champ de compétence de la Direction de l'instruction publique et de la culture, partant de l'intégration de la réglementation de la scolarisation spécialisée dans la loi sur l'école obligatoire. En revanche, le fait que le financement continuera de passer par la répartition des charges de l'aide sociale sort du cadre du système étant donné que les communes n'assument aucune compétence en matière de scolarisation spécialisée. Cela est toutefois déjà le cas aujourd'hui, raison pour laquelle la cantonalisation de ce financement n'a pas été prévue, car elle entraînerait un transfert de charges supplémentaire au titre de l'art. 29b LPFC (transfert de charges résultant d'une nouvelle répartition des charges) et aggraverait d'autant le solde au détriment des communes, ce qui n'est pas souhaitable. La réorganisation de la scolarisation spécialisée entraîne malgré tout plusieurs transferts de tâches et une charge supplémentaire de 3,5 millions de francs par an pour le canton. Ce montant sera imputé aux communes au titre de l'art. 29b LPFC. La réglementation de l'encouragement des talents sportifs ou musicaux paraît judicieuse puisque le financement des salaires correspondants, donc des coûts, est assuré par la répartition des charges relatives aux traitements des enseignants. Autrement dit, ces charges ne devront plus être supportées par les communes de domicile et seront assumées collectivement par le canton et l'ensemble des communes.

#### **Rapport de controlling EDT – déclarations de planification de la CG**

La Commission de gestion (CG) avait invité l'ACB à donner son avis sur le rapport du gouvernement et les mesures proposées en matière d'extraction

de matériaux, de décharges et de transports (EDT). Contrairement au Conseil-exécutif qui s'est prononcé en faveur d'un transfert au canton des compétences en matière d'édiction des plans d'affectation dans le domaine EDT qui sont contraignants pour les propriétaires fonciers, l'ACB s'est prononcée en faveur du maintien de la compétence en matière de plans directeurs à l'échelon des régions. Comme compromis possible, l'ACB a proposé de maintenir cette compétence décisionnelle dans le giron des communes et de la confier non plus au législatif, mais au conseil municipal.

#### **Loi-cadre sur l'administration numérique**

Le canton a institué un nouveau groupe de contact canton-communes pour la numérisation dans lequel le canton sera représenté par les conseillers d'État Evi Allemann et Beatrice Simon et par le chancelier d'État. Quant à l'ACB, elle y sera représentée par son président et son directeur. Il est important que l'État – c'est-à-dire le canon et ses communes – parvienne à soutenir le rythme des progrès de la numérisation. En même temps, les communes ne veulent pas se soumettre sans condition au diktat du Conseil-exécutif, car il en va de projets coûteux. Pour cette raison, il a fallu examiner plusieurs variantes donnant aux communes un droit de participation / codécision légal pour les projets de numérisation qui les touchent directement. Le projet prévoit désormais que l'ACB et les associations seront impliquées dans la préparation des ordonnances et décisions cantonales en la matière chaque fois qu'elles entraîneront des obligations ou des charges pour les communes. Lorsque ces décisions imposent des obligations ou des charges importantes aux communes, elles nécessiteront une base

légal formelle ou le consentement préalable explicite de l'ACB qui pourra au besoin consulter les communes directement. Il s'agit là d'une formule inhabituelle. Elle a cependant le mérite de permettre de prendre les décisions rapidement tout en garantissant aux communes le maintien de la pression politique nécessaire pour trouver dans la plupart des cas de bonnes solutions consensuelles lors de l'élaboration d'arrêtés simples ou de dispositions réglementaires. En revanche, pour se montrer à la hauteur de ses grandes responsabilités, l'ACB devra alors faire preuve d'une très grande prudence en la matière, particulièrement pour ce qui concerne les projets coûteux.

#### **Chlorothalonil**

La pollution de l'eau potable au chlorothalonil a déclenché d'intenses discussions et de nombreux articles et reportages dans les médias et à certaines réactions quelque peu hystériques. De longues années durant, la Confédération a autorisé l'utilisation de pesticides ce qui, rétrospectivement, s'avère très problématique. Aujourd'hui, c'est cette même Confédération qui impose des prescriptions très restrictives à respecter dans un délai de deux ans. Il faut malgré tout que les services d'approvisionnement en eau gardent une vue d'ensemble et le sens de la mesure. Il serait bon que les communes fassent preuve d'un esprit critique et accompagnent leurs services d'approvisionnement en eau en privilégiant les contacts directs avec leurs représentants. Même si les investissements prévus ne chargent pas le ménage communal, les coûts qui en découlent seront imputés au financement spécial de l'eau, ce qui ne manquera pas de renchérir ce bien indispensable. L'ACB suit le dossier de près et réévalue la situation au fur et à mesure.

### Feuilles officielles d'avis au format électronique – révision partielle de la loi sur les communes

Il y a un certain temps déjà, l'ACB avait proposé de réviser la loi sur les communes de manière à permettre à ces dernières de se déterminer elles-mêmes sur le maintien d'une feuille officielle d'avis sur support papier ou sur le passage à un format électronique. Le projet de révision partielle de la loi sur les communes est actuellement en consultation. Pour l'ACB, il est important que chaque commune puisse décider elle-même comment elle veut publier ses avis officiels. Là où l'impression de la feuille officielle d'avis n'occasionne que des frais peu importants, voire permet de dégager un petit bénéfice, il est probable que les communes s'en tiendront à la version imprimée. En revanche, dans les régions où elles doivent consacrer des montants importants pour en assurer l'impression, les jours de la version papier de la feuille officielle d'avis sont très certainement comptés. Il faudra cependant certainement attendre encore deux à trois ans avant que la loi révisée entre en vigueur et que la disposition correspondante puisse être mise en œuvre. Les communes sont bien évidemment libres de continuer l'exploitation des sites Web actuels dont certains sont gérés par les éditeurs des feuilles officielles d'avis. Le Grand Conseil semble se diriger vers une formule mixte qui permettrait aux communes de publier de leur feuille d'avis au format électronique ou papier.

### Manuel relatif aux tâches de police communale

La Direction de la sécurité du canton de Berne (DSE) a décidé d'actualiser le manuel relatif aux tâches de police communale qui est très apprécié des communes dans le cadre de leur travail au quotidien. Afin que les préoccupations de la pratique soient prises en compte, la révision sera effectuée avec la participation directe de l'ACB et de l'Association bernoise des polices locales (ABPL). En raison des nombreux changements intervenus dans la législation depuis sa dernière actualisation en 2011, les adaptations seront assez conséquentes. Les communes doivent en outre relever de nouveaux défis, il suffit de penser aux drones, aux pistes VTT de descente, aux antennes 5G, au camping sauvage, aux sports à risque ou encore aux omniprésentes mesures de maîtrise de la pandémie.

## FORMATION DE L'OPINION

### Procédures de consultation et autres formes de consultation

Toutes les consultations sont traitées par la commission commune constituée de représentants de l'ACB et des Cadres des communes bernoises (CCB) qui compte les membres suivants :

- Daniel Bichsel, président de l'ACB
- Erich Fehr, vice-président de l'ACB
- Monika Gerber, directrice des CCB / directrice suppléante de l'ACB
- Kurt Gyger, vice-président des CCB

- Beat Heuer, président des CCB
- Reto Pfahrer, président de l'Association bernoise des responsables d'agences AVS
- Markus Rindlisbacher, vice-président des CCB
- Stephanie Wittmer, membre du comité des CCB
- Daniel Arn, directeur de l'ACB

Le directeur de l'ACB examine chaque objet lors de sa réception et fait rapport aux autres membres de la commission en leur fixant un délai pour rendre leur avis. Au besoin, il associe des représentants d'autres associations à la procédure de formation de l'opinion. Les associations partenaires du Jura bernois reçoivent également les dossiers des procédures de consultation. La plupart du temps, cette procédure a lieu par courriel. Une séance est parfois organisée à titre exceptionnel lorsque la thématique est très complexe ou controversée. Les communes peuvent consulter les avis rendus par l'ACB sur le site Web des associations ([www.begem.ch/vernehmlassungen](http://www.begem.ch/vernehmlassungen)).

En 2020, l'ACB a pris position sur les objets suivants<sup>1</sup> :

- Consultation sur l'ordonnance sur l'aide sociale dans le domaine de l'asile et des réfugiés (OAAR)
- Rolle und Aufgaben der RSTH bei Brandfällen
- Geoinformationsstrategie 2020
- Constitution du canton de Berne (modification)

<sup>1</sup> L'ACB est invitée à donner son avis dans le cadre de la consultation interne à l'administration cantonale déjà. À ce stade, les documents n'ont en règle générale pas encore été traduits. Ne sont mentionnés en français que les objets pour lesquels l'ACB a également reçu la documentation correspondante en français, lors de la consultation ou ultérieurement.

- Einföhrungsgesetz zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EG IVöB)
- Développement du statut particulier: modification de la loi sur le statut particulier (projet Statu quo+)
- Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (RG KUMV)
- Nouveau modèle de règlement type sur les déchets avec ordonnance type sur les déchets
- Modification de l'ordonnance sur la préservation des bases naturelles de la vie et des paysages (OPBNP)
- Loi sur l'imposition des véhicules routiers (LIV)
- BSIG Abrechnung Lastenausgleich Sozialhilfe für das Jahr 2020
- Loi sur la Haute école spécialisée bernoise (LHESB) (modification)
- Loi cantonale sur l'agriculture (LCAB)
- Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV)
- ÖREB-Kataster – Genehmigung der Programmvereinbarung 2020–2023
- Änderung BauG und BewD / eBUP
- Programmvereinbarungen mit dem Bund im Umweltbereich für 2020 bis 2024
- Révision partielle de la législation bernoise sur les communes
- Bewilligungsfreier Sonntagsverkauf im Kanton Bern für das Jahr 2021
- LiAIMP : Invitation à la consultation
- Loi portant adhésion au Concordat instituant la Haute École Pédagogique commune aux cantons de Berne, Jura et Neuchâtel (L Concordat HEP-BEJUNE)
- Kantonales Sportförderungsgesetz
- Quellensteuerverordnung (QSV). Totalrevision
- Gesetz über die Digitale Verwaltung (DVG)
- Loi sur les prestations de soutien aux personnes en situation de handicap (LPHand)
- Gesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Kantonales Sportförderungsgesetz, KSFG)
- Consultation informelle au sujet de l'ordonnance OPEP
- Ordonnance sur la protection contre le feu et sur les sapeurs-pompier
- GERES- und ZPV-Verordnungen
- Revision des Strassengesetzes
- GVB Muster-FW-Reglement / Anpassung 2020
- Kontaktgremium Kanton-Gemeinden / Auflösung
- Révision totale de la loi sur le Contrôle des finances (LCCF). Procédure de consultation
- Revision Taxiverordnung
- « Plan directeur cantonal »
- Le droit de vote à 16 ans
- Verordnungen über die GERES-Plattform und die ZPV
- Loi sur la santé publique (LSP)
- Modification de la loi sur les prestations financières accordées aux membres du gouvernement
- Einföhrungsverordnung Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz (EV BZG) sowie Teilrevisionen der Kantonalen Bevölkerungsschutzverordnung (KBSV) und der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZSV)
- Empfehlungen zur Organisation von Berufsbeistandschaften
- ÖREB-Kataster: Neue Weisung zu Rechtsvorschriften und gesetzlichen Grundlagen
- Messakten zu Geometergeschäften
- Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer
- Kommunale Datenschutzberatung / -aufsicht
- Geres V: Anhänge 1 und 3
- Mise en consultation : « In dubio pro populo : les projets populaires priment les projets alternatifs du Grand Conseil »
- Änderung Gemeindegesez (GG): Einführung amtlicher Bekanntmachungen in elektronischer Form (eAnzeiger)

## ORGANES DE L'ACB

### Assemblée générale de l'ACB du 19 juin 2020

En raison de l'annulation de l'Assemblée générale du 19 juin 2020 due à la pandémie de coronavirus, les communes membres ont été invitées à voter en procédure écrite sur les objets qui leur étaient soumis. Ils ont tous été acceptés à une forte majorité sans voix contraire. Le comité a consigné le résultat des votes dans un procès-verbal qui a été publié sur le site [www.begem.ch](http://www.begem.ch).

### Comité

Actuellement, le comité de l'ACB compte neuf membres. Sa composition (région, taille de la commune, appartenance politique, etc.) vise à tenir compte le mieux possible de la diversité des communes bernoises. L'importance de cette composition ne saurait cependant pas être surestimée étant donné que cela fait des années que l'ACB ne se prononce à dessein pas sur des sujets relevant de la politique sociale ou régionale. Pour son comité, il s'agit bien plus de trouver un dénominateur commun et de pouvoir au besoin exercer une influence aussi grande que possible sur la politique cantonale grâce à une représentation forte au Grand Conseil. Le comité se réunit généralement le premier lundi de chaque session du Grand Conseil afin de pouvoir discuter des objets touchant les communes que le Parlement sera amené à traiter durant

la session et, au besoin, de coordonner les dernières actions à court terme.

Au cours de l'exercice sous revue, le comité était constitué des personnes suivantes :

- Daniel Bichsel, président, maire de Zollikofen, député
- Peter Aeschlimann, maire de Trub
- Madeleine Amstutz, maire de Sigriswil (jusqu'au 31 décembre 2020), députée
- Erich Fehr, maire de Biel/Bienne (vice-président)
- Beat Heuer, secrétaire municipal de Brügg, président des CCB
- Virginie Heyer, maire de Perrefitte, députés
- Bänz Müller, maire de Wohlen, député
- Peter Siegenthaler, conseiller municipal de Thoune, député
- Barbara Zürcher-Wichtermann, maire de Kirchenturnen (jusqu'au 31 décembre 2019)

La direction de l'ACB est assurée par le président et le directeur qui se contactent pour ainsi dire chaque jour. Cette manière de procéder permet à l'ACB de communiquer et de réagir rapidement, ce qui est indispensable eu égard à la fébrilité du climat politique et au paysage médiatique actuels. Les dossiers importants sont toujours transmis à la commission chargée des procédures de consultation.

#### **Groupe des maires exerçant leur mandat à titre professionnel**

Le Groupe des maires exerçant leur mandat à titre professionnel compte 20 membres intégralement ou essentiellement rémunérés par leur commune. Pour une bonne partie, ils sont également députés, raison pour laquelle ce groupe se réunit généralement en période de session du Grand

Conseil. Ce groupe ne s'est réuni qu'une seule fois en 2020, en raison de la pandémie de coronavirus. Il ne reste qu'à espérer qu'en 2021, les échanges pourront de nouveau avoir lieu dans le cadre de réunions tenues en présentiel.

#### **RAPPORTS AVEC D'AUTRES ORGANISATIONS REPRÉSENTANT LES INTÉRÊTS DES COMMUNES**

L'ACB apprécie à sa juste valeur de pouvoir travailler étroitement et en partenariat avec les diverses associations des cadres communaux. Cette collaboration basée sur des relations de confiance fait ses preuves depuis de nombreuses années déjà. Elle est l'une des raisons du poids politique important dont nos associations jouissent dans le canton de Berne. La coopération intense avec les cadres communaux contribue largement à l'acceptation de l'ACB dans les communes. L'ACB demeure néanmoins le canal par lequel les communes expriment leur volonté politique. Au cours de l'exercice sous revue, l'ACB a entretenu des liens de qualité avec les organisations suivantes auxquelles elle exprime une fois encore toute sa gratitude :

- Cadres des communes bernoises
- Association bernoise des administrateurs des impôts
- Association bernoise des agents AVS
- Société bernoise des polices locales
- Conférence bernoise d'aide sociale et de protection de l'adulte et de l'enfant
- Association bernoise des communes et corporations bourgeoises
- Association des paroisses du canton de Berne
- Association de communes d'autres cantons
- Association des communes suisses

- Union des villes suisses
- Secrétariat général des préfetures du canton de Berne
- Association des directrices et directeurs d'école du canton de Berne
- Association des autorités scolaires du canton de Berne
- Association bernoise pour la protection civile

#### **FORMATION ET PERFECTIONNEMENT**

##### **Dans le Jura bernois**

Dans le Jura bernois, la formation et le perfectionnement sont assurés par les CCB pour ce qui est de la partie du perfectionnement spécifique au canton de Berne et par AvenirFormation, mandaté par tous les cantons romands, qui gère administrativement les parties intercantonale et fédérale de la formation.

*Diplôme romand de cadre en administration communale* : La formation romande des cadres communaux (FR2C) proposée en collaboration avec AvenirFormation à Delémont ([www.avenirformation.ch](http://www.avenirformation.ch)) permet aux participants d'acquérir ou d'améliorer les compétences pratiques et relationnelles nécessaires à une activité au sein d'une administration communale. Le titulaire du diplôme de cadre en administration communale est capable de gérer et d'organiser les tâches administratives relatives aux différents domaines d'activité de la commune. La prochaine session démarrera en août 2021.

*Brevet fédéral de spécialiste en administration publique* : Les cours de préparation au brevet fédéral de spécialiste en administration publique organisés en collaboration avec AvenirFormation à Delémont préparent les candidats à

l'examen du module complémentaire au diplôme de cadre en administration communale. Cette formation s'adresse aux titulaires du diplôme de cadre en administration communale. Elle est donc prioritairement destinée au personnel administratif des communes, cantons et collectivités publiques romands. Une nouvelle session débutera en août 2021 sous l'égide d'Avenir-Formation.

*Cours cantonal spécialisé pour la formation et le perfectionnement professionnel du personnel administratif communal francophone dans le canton de Berne* : En collaboration avec l'Association des secrétaires communales et des secrétaires communaux du Jura bernois, le Ceff Commerce à Tramelan ([www.ceff.ch](http://www.ceff.ch)) propose un cours cantonal spécialisé pour la formation et le perfectionnement professionnel du personnel administratif communal. Ce dernier a pour but de permettre aux participants de développer leurs compétences techniques et d'accroître leur efficacité dans l'accomplissement des tâches professionnelles. Le cours cantonal spécialisé fait suite au cours de base conduisant au diplôme romand de cadre en administration communale. Les candidats à l'examen doivent être au bénéfice du diplôme de cadre en administration communale ou d'un titre jugé équivalent. Le prochain cycle démarquera vraisemblablement en 2022.

#### **Politforum Thun**

Les partenaires du Politforum sont restés les mêmes, à savoir la Ville de Thoune, l'ACB, l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire (OACOT) et le Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung (BWD). Ce dernier organise la manifestation pour le compte de l'association.

Le comité de l'association est constitué des membres suivants :

- Raphael Lanz, président, maire de Thoune
- Raymond Anliker, directeur du BWD
- Monika Gerber, directrice des CCB / directrice suppléante de l'ACB
- Bruno Huwyler, secrétaire municipal de la ville de Thoune
- Daniel Wachter, chef de l'Office des affaires communales et de l'organisation du territoire

Le collège consultatif du Politforum est constitué de la manière suivante :

- Stefan Geissbühler, rédacteur en chef du Thuner Tagblatt
- Sandra Hess, maire de Nidau
- Andreas Ladner, directeur de l'IDHEAP Lausanne
- Reto Müller, maire de Langenthal
- Christoph Niederberger, directeur de l'Association des communes suisses
- Adrian Ritz, Centre de compétence pour le management public de l'Université de Berne
- Hans Stöckli, député au Conseil des États
- Kurt von Känel, secrétaire général des préfetures du canton de Berne

En enregistrant un nouveau record d'inscriptions et ouvrant l'année 2020 de manière prometteuse, le quinzième Politforum des 13 et 14 mars 2020 avait pour titre : « Zwischen Hamsterrad, Erwartungsdruck und Selbstverwirklichung » (Entre course effrénée, attentes à satisfaire et réalisation de soi). Malheureusement, le reste appartient à l'histoire : le 5 mars 2020, il a fallu informer les participants de son annulation en raison de la pandémie de coronavirus. Le programme a été reporté d'une année et se tiendra en 2021 au format numérique.

#### **Formation professionnelle**

La mise en place de la Commission de la formation professionnelle des communes bernoises (CFPCB) incombe à l'ACB en raison de son statut d'Organisation du monde du travail (OrTra). La CFPCB est constituée de la manière suivante :

- Reto Pfahrer, chef de l'agence AVS de Thoune (président)
- Martin Bieri, secrétaire municipal de Kirchlindach
- Monika Gerber, directrice des CCB et directrice suppléante de l'ACB
- Beat Läderach, secrétaire municipal de Kallnach
- Elisabeth Lottaz, formatrice de la commune de Köniz

Les personnes suivantes sont membres d'office de la CFPCB :

- Brigitte Schweizer, responsable du secrétariat de la CFPCB
- un représentant de l'Office de l'enseignement secondaire du 2<sup>e</sup> degré et de la formation professionnelle (sans droit de vote)

## **SECRETARIAT**

#### **Relations avec le canton**

Les contacts avec le canton ont été très intenses en 2020 également. Malgré la pandémie due au coronavirus, de nombreux objets et projets ont avancé et, en règle générale, des solutions satisfaisantes ont pu être trouvées. La situation extraordinaire puis la situation particulièrement éprouvantes. Dans ces conditions, il y a malgré tout eu de grandes satisfactions comme la collaboration au sein du groupe de travail conjoint avec l'OACOT et le Directoire des préfetures. Grâce à la bonne entente et à des canaux de communication courts, il a été possible de parvenir très rapidement à

une solution consensuelle à chaque fois qu'un nouveau problème s'est présenté, ce qui a permis d'informer les communes d'une même voix. Mais toute médaille ayant son revers, des faiblesses évidentes ont aussi été à déplorer, raison pour laquelle une première évaluation intermédiaire a été effectuée et des améliorations ont été entreprises en juin déjà. Durant la crise, l'ACB a plus d'une fois dû intervenir auprès du canton, parfois très vigoureusement. Malgré certains conflits acharnés, il a été possible de présenter un front commun à l'extérieur, ce que tous les acteurs souhaitaient. En temps de crise, il est crucial que les acteurs étatiques n'aggravent pas une situation déjà difficile en se querellant. Dans le canton de Berne, l'État et ses communes ont très bien tiré leur épingle du jeu en la matière grâce aux relations fondées sur la confiance qu'ils entretiennent activement depuis de nombreuses années.

#### Relations avec les médias

Cela fait de nombreuses années que l'ACB fait preuve d'une grande retenue dans ses relations avec les médias. L'ACB prend l'initiative d'informer les médias uniquement lorsque les objets sont d'une grande portée et souvent seulement après la réalisation d'une enquête sur tout le territoire cantonal. Mais la plupart du temps, ce sont les médias qui demandent à l'ACB de prendre position sur des sujets d'actualité. Seuls des élus politiques, soit le président ou, à défaut, le vice-président, répondent aux journalistes, jamais le secrétariat.

#### Relations avec les membres

Il ne s'écoule pas un seul jour de travail sans que le directeur ait de nombreux contacts directs avec les communes. Dans de fréquents cas, les communes s'adressent à lui pour obtenir un avis de nature juridique. Parfois, elles se tour-

nent vers l'ACB pour lui faire part de requêtes de nature politique. Tous ces contacts aident l'ACB à garder une image fidèle de la situation sur le front des communes. Seuls ces liens directs et les informations de première main permettent à l'ACB d'identifier très tôt un éventuel vide juridique ou un besoin de légiférer et d'intervenir directement auprès des services concernés de l'administration cantonale. Un regard sur l'année sous revue permet de constater que la structure en place a également fait ses preuves en ses temps difficiles, ce qui est réjouissant.

#### Charge de travail et personnel

Garder le cap et piloter le navire ACB contre les vents et marées du coronavirus n'a pas été de tout repos. La devise de l'ACB est « efficacité et sobriété », raison pour laquelle l'association ne dispose pas d'un personnel important. En même temps, il est logique de traiter toutes les problématiques liées au coronavirus de manière centralisée afin d'assurer que, à l'échelon des communes, tout le monde tire à la même corde, ce qui n'a pas toujours été le cas au canton. Durant ces périodes troublées, le directeur a par conséquent été très fortement sollicité. Il a passé pratiquement 24 heures par jour et sept jours sur sept sur le pont.

Le directeur assure le secrétariat de l'ACB sur la base d'un mandat. L'ACB n'a pas de collaborateurs. Tous les collaborateurs de son secrétariat qui agissent pour le compte de l'ACB sont donc salariés par le directeur. Par ailleurs, son étude fournit également tous les services logistiques nécessaires (locaux, informatique, comptabilité, archives, etc.). Ainsi, l'ACB peut concentrer toute son énergie à la politique et aux questions de fond sans avoir à se préoccuper d'une organisation en propre. Outre l'appui apporté par Monika

Gerber, directrice suppléante de l'ACB et simultanément directrice des CCB, le directeur peut compter sur Nicole Binggeli, collaboratrice administrative, et Tamara Maurer, apprentie, toutes deux salariées de son étude. Les partenaires de l'étude Recht & Governance apportent un soutien quotidien au directeur de l'ACB et liquident les affaires juridiques en son absence. Pour toutes les questions ayant trait à la gestion, il a la possibilité de faire appel à Ueli Seewer, qu'il peut mandater en fonction des besoins. Il faut encore mentionner le traducteur fidèle à l'ACB qui fait tout ce qu'il peut pour que les francophones du canton puissent lire les publications de l'ACB dans leur langue maternelle. Que toutes ces personnes soient une fois encore remerciées ici pour leur engagement au service de l'ACB.

Comme cela a déjà été annoncé, après plus de 25 ans à la tête du secrétariat de l'ACB, Daniel Arn remettra son mandat de directeur à la fin du premier semestre 2021. Il restera toutefois actif au sein de l'étude Recht & Governance. Pour le remplacer, le comité de l'ACB a, au printemps 2020, après une procédure de mise au concours publique, attribué le mandat à Jürg Wichtermann qui prendra ses nouvelles fonctions le 1<sup>er</sup> juillet 2021. Âgé de 56 ans, Jürg Wichtermann est docteur en droit et avocat. Il est l'actuel chancelier de la Ville de Berne. Grâce à sa formation approfondie et à sa vaste expérience dans diverses fonctions aux niveaux communal, cantonal et fédéral, mais aussi grâce à son expertise en droit communal bernois, Jürg Wichtermann est remarquablement qualifié pour reprendre le poste de directeur de l'ACB. Il deviendra partenaire de l'étude Recht & Governance au 1<sup>er</sup> juillet 2021 et, pour ce qui concerne l'ACB, succédera à Daniel Arn. Monika Gerber continuera d'exercer la fonction de

directrice suppléante de l'ACB. Le comité de l'ACB se réjouit de travailler avec Jürg Wichtermann.

### Appréciations globales et perspectives

L'exercice 2020 a été marqué par la crise due au coronavirus, mais aussi par d'autres dossiers d'une portée éminemment stratégique, en particulier en ce qui concerne les procédures d'aménagement du territoire (examen préliminaire, approbation) et la numérisation et sa réglementation.

Au début de la pandémie, l'ACB a dû intervenir vigoureusement à plusieurs reprises, parce que le canton voulait s'arroger envers les communes un même droit de donner des instructions que celui dont il dispose pour ses propres unités administratives, ce qui n'est ni légal ni tolérable sous l'angle politique. Ces tentatives ont donné lieu à un certain nombre d'explications, en partie en présence de plusieurs représentants du Conseil-exécutif. Par la suite, la collaboration est devenue très bonne et respectueuse de l'esprit de partenariat. L'ACB a en permanence eu à cœur de défendre ses positions et les intérêts des communes fermement tout en apportant son appui au canton dans ses efforts pour faire face à la pandémie et en contribuant activement à résoudre les divergences d'opinions plutôt que de les faire éclater au grand jour. À cet égard, il y a lieu de remercier ici Martin Küenzi, président du Directoire des préfetures, pour son très grand engagement et sa compréhension pour les préoccupations des communes. En sa qualité de représentant de l'état-major spécial, il a su conduire le dialogue entre l'ACB et l'OACOT et a toujours contribué à trouver des solutions bien fondées et acceptables. La collaboration avec l'OACOT a elle aussi été très précieuse tout comme celle avec les autres directions et offices.

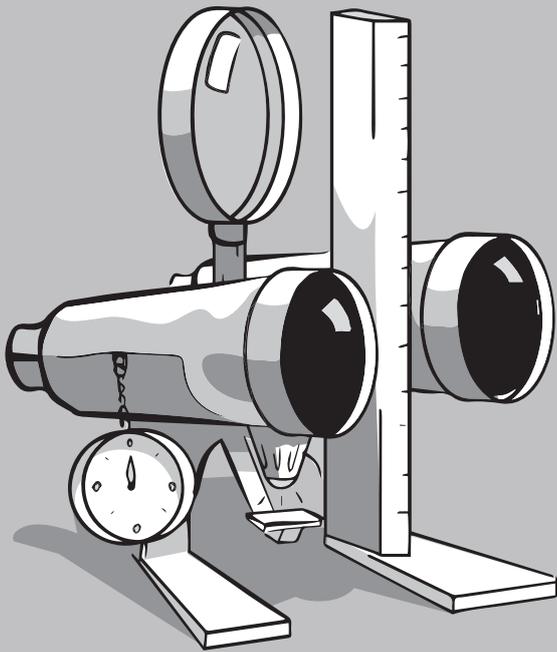
À relever notamment les très nombreux contacts positifs avec la Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration, avec la Direction de l'instruction publique et de la culture, avec la Direction de l'intérieur et de la justice, avec la Chancellerie cantonale et avec la police cantonale. Tout le monde tire à la même corde et s'efforce de régler les problèmes qui se posent avec discernement et proportionnalité.

En matière d'aménagement du territoire, les communes ne sont pas du tout satisfaites des procédures d'examen préalable et d'approbation de l'OACOT. Il faut espérer que les mesures développées et décidées en 2020 conduiront à une amélioration de la situation. Cela étant, force est de constater qu'à la base, le problème découle du fait que le législateur, principalement le législateur fédéral, règle de plus en plus de domaines de manière restrictive, ce qui restreint de plus en plus les marges de manœuvre, déjà très modestes, des autorités responsables de l'aménagement. Le problème est que les prescriptions dans les différents secteurs concernés sont souvent difficilement, voire pas du tout conciliables. Cela étant, il est incontestable que les communes sont et restent les principales responsables en matière d'aménagement, raison pour laquelle il ne faudrait pas encore réduire leurs marges de manœuvre qui sont déjà très minces. Il serait en outre inacceptable que le canton veuille exercer un pouvoir d'appréciation en lieu et place des communes. L'avenir dira si le canton est réellement disposé à accorder aux communes les marges de manœuvre qui leur reviennent et à contribuer à une accélération sensible des procédures.

L'État accuse du retard en matière de numérisation. Alors que la société

civile avance à grands pas vers l'avenir numérique, les institutions étatiques traînent la jambe. Une entreprise du secteur privé peut, sur ordre de sa hiérarchie, introduire de nouveaux processus numériques presque à volonté alors que pour l'État, tout est beaucoup plus compliqué en raison de nombreux principes à respecter. Dans presque tous les secteurs politiques importants, les tâches concernées sont conjointes et chevauchent deux, voire trois niveaux de l'État, non seulement pour ce qui concerne les décisions et le pilotage, mais aussi pour ce qui est de leur financement. Les communes disposent d'une grande autonomie en matière d'organisation. Le canton ne peut y déroger qu'à condition d'inscrire des exigences dans la loi. Tout le problème est là : d'un côté, le canton doit pouvoir fixer des objectifs s'il veut accélérer son développement numérique, mais de l'autre, il serait inacceptable que les communes deviennent de simples exécutantes aux ordres du canton et mettent le petit doigt sur la couture du pantalon dans le domaine de la numérisation. Cela ne fonctionne pas ainsi. Il est important que les communes soient associées à tous les projets de numérisation qui les touchent. Pour qu'elles aient le poids nécessaire dans les organes de projet, elles doivent pouvoir s'en remettre à l'arbitrage du Parlement lorsque l'un ou l'autre projet de numérisation évolue d'une manière qu'elles estiment non satisfaisante. C'est le seul levier qui puisse garantir la prise en compte de leurs intérêts. La possibilité de soumettre un objet au Grand Conseil aura sans doute pour conséquence que cette procédure ne devra jamais être appliquée.

Ces sujets continueront d'occuper et de mobiliser l'ACB et les communes au cours de ces prochains temps.



## **MANDATUM – sucht und findet**

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

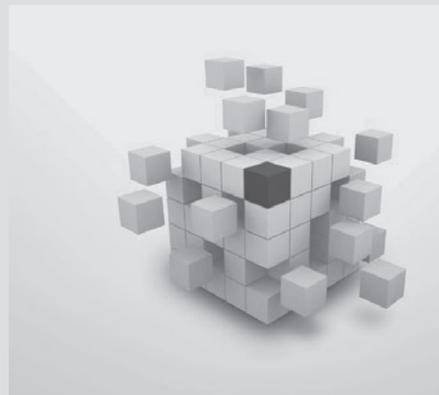
**MANDATUM** Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee  
John Günther, 031 832 44 32, [info@mandatum.ch](mailto:info@mandatum.ch), [www.mandatum.ch](http://www.mandatum.ch)



## **Verwaltungsorganisation von A bis Z**

Seit 1983 unsere Profession

**Verwaltungs-  
organisation, die  
Masstäbe setzt  
und echte Mehrwerte  
schafft!**



Abplanalp-Ramsauer AG  
Verwaltungsorganisation  
Langnaustrasse 15  
3533 Bowil

+41 31 710 10 55  
[info@abplanalp.ch](mailto:info@abplanalp.ch)  
[www.abplanalp.ch](http://www.abplanalp.ch)  
[www.archiv.ch](http://www.archiv.ch)



# JAHRESRECHNUNG 2020, BUDGET 2021

## ERFOLGSRECHNUNG

	Budget 2021		Rechnung 2020		Budget 2020	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Hauptversammlung	8'500.00		123.50		8'500.00	
Verbandsbehörden	16'000.00		12'776.30		16'000.00	
Honorare	506'100.00		528'959.70		509'100.00	
Übriger Aufwand	44'650.00		35'582.90		42'500.00	
Erträge		595'050.00		592'984.55		593'100.00
Ergebnis	19'800.00		15'542.15		17'000.00	
<b>Total</b>	<b>595'050.00</b>	<b>595'050.00</b>	<b>592'984.55</b>	<b>592'984.55</b>	<b>593'100.00</b>	<b>593'100.00</b>

## BILANZ PER 31. DEZEMBER

	2020		2019	
	Aktiven	Passiven	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	953'823.61		905'818.16	
Guthaben	—		—	
Transitorische Aktiven	—		—	
Laufende Verpflichtungen		38'836.10		6'372.80
Eigenkapital per 31.12.		914'987.51		899'445.36
<b>Total</b>	<b>953'823.61</b>	<b>953'823.61</b>	<b>905'818.16</b>	<b>905'818.16</b>

pro memoria:

Guthaben Kommunalverbände aus Weiterbildung bwd bern per 31.12.2020: CHF 1'599'743.09

Aufteilung:  $\frac{3}{4}$  zugunsten BGK,  $\frac{1}{4}$  zugunsten VBG

(provisorischer Stand vor Rechnungsrevision und Verabschiedung durch Mitgliederversammlung bwd)

## MITGLIEDERBEITRÄGE 2022

Damit die Gemeinden für ihren Budgetierungsprozess frühzeitig Planungssicherheit haben, legt der VBG die Mitgliederbeiträge jeweils bereits fürs Vorjahr fest. Die Mitgliederbeiträge sollen im Jahr 2022 unverändert auf dem Stand der Vorjahre belassen werden.

# COMPTES 2020, BUDGET 2021

## COMPTES DE RÉSULTAT

	Budget 2020		Comptes 2020		Budget 2020	
	Dépenses	Recettes	Dépenses	Recettes	Dépenses	Recettes
Assemblée générale	8'500.00		123.50		8'500.00	
Organes de l'association	16'000.00		12'776.30		16'000.00	
Honoraires	506'100.00		528'959.70		509'100.00	
Autres charges	44'650.00		35'582.90		42'500.00	
Recettes		595'050.00		592'984.55		593'100.00
Résultat	19'800.00		15'542.15		17'000.00	
<b>Total</b>	<b>595'050.00</b>	<b>595'050.00</b>	<b>592'984.55</b>	<b>592'984.55</b>	<b>593'100.00</b>	<b>593'100.00</b>

## BILAN AU 31 DÉCEMBRE

	2020		2019	
	actifs	passifs	actifs	passifs
Liquidités	953'823.61		905'818.16	
Avoirs	—		—	
Actifs transitoires	—		—	
Engagements courants		38'836.10		6'372.80
Fonds propres au 31.12.		914'987.51		899'445.36
<b>Total</b>	<b>953'823.61</b>	<b>953'823.61</b>	<b>905'818.16</b>	<b>905'818.16</b>

pour mémoire:

Avoir des défenseurs constitués des communes découlant du perfectionnement bwd bern (1'599'743.09 francs au 31.12.2020)

Répartition:  $\frac{3}{4}$  en faveur des CCB,  $\frac{1}{4}$  en faveur de l'ACB

(état provisoire avant la révision des comptes et l'adoption par l'Assemblée des membres du bwd)

## COTISATIONS 2022

Pour que les communes puissent budgétiser les cotisations qu'elles versent à l'ACB assez longtemps à l'avance, l'Assemblée générale les fixe un an à l'avance. Le comité propose de maintenir les cotisations 2022 au même niveau qu'en 2021.



**ROD TREUHAND**

**ROD Treuhand AG**  
Solothurnstrasse 22  
3322 Urtenen-Schönbühl  
Telefon 031 858 31 11  
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

**Revision**  
**Stellvertretungen in Verwaltungen**  
**Finanzplanung / Finanzanalyse**  
**Buchführung**

[www.rod.ch](http://www.rod.ch)

## «Wir beraten Gemeinden in allen Bankfragen»



**Oliver Nuspliger**  
Bundesplatz 8, 3001 Bern  
031 666 62 99  
oliver.nuspliger@bekb.ch

**Francis Wuillemin**  
Rue centrale 46, 2502 Bienne  
032 327 46 96  
francis.wuillemin@bcbe.ch

**Daniel Rieder**  
Untere Bönigstrasse 8, 3800 Interlaken  
033 826 61 25  
daniel.rieder@bekb.ch

[bekb.ch](http://bekb.ch)



**B E K B | B C B E**

# BERICHT DER REVISOREN

Verband Bernischer Gemeinden  
Kramgasse 70  
3000 Bern 8

In Ausübung des uns übertragenen Mandates haben wir die auf den 31. Dezember 2020 abgeschlossene **Jahresrechnung 2020**, die mit einem **Ertragsüberschuss von Fr. 15'542.15** abschliesst, geprüft.

Wir stellen fest, dass

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit der Buchhaltung übereinstimmen;
- die Buchhaltung ordnungsgemäss geführt ist;
- bei der Darstellung der Vermögenslage und des Rechnungsergebnisses die gesetzlichen Bewertungsvorschriften eingehalten sind.

Aufgrund der Ergebnisse unserer Prüfung beantragen wir den zuständigen Organen, die vorliegende Jahresrechnung ohne Einschränkung zu genehmigen.

Steffisburg, 18. März 2021

Die Revisoren:

Monika Finger  
Kurt Schmid

# RAPPORT DES RÉVISEURS

Association des Communes Bernoises  
Kramgasse 70  
3000 Berne 8

En accomplissant le mandat dont nous avons été chargés, nous avons vérifié les comptes annuels arrêtés au **31 décembre 2020** qui clôturent sur un **excédent de recettes 15'542 fr 15**.

Nous avons constaté que

- le bilan et le compte de résultat concordent avec la comptabilité,
- la comptabilité est tenue avec exactitude,
- l'état de la fortune sociale et des résultats répond aux dispositions légales relatives aux évaluations en matière de bilan.

Sur la base des résultats de notre examen, nous proposons aux organes compétents d'approuver sans réserve les comptes 2020 tels qu'ils ont été présentés.

Steffisburg, le 18 mars 2021

Les réviseurs:

Monika Finger  
Kurt Schmid

# ANTRAG AUF ERNENNUNG VON DANIEL ARN ZUM EHRENMITGLIED DES VBG

KEINE STRASSE IST LANG MIT EINEM FREUND AN DER SEITE.

JAPANISCHE WEISHEIT



Vorstand VBG / Jede/r, der/die in den letzten 30 Jahren im Umfeld der bernischen Gemeinden aktiv war, weiss wer Daniel Arn ist. Die bernischen Gemeinden und Daniel Arn sind so untrennbar miteinander verbunden wie Pech und Schwefel. So hat er bereits seine Dissertation im Jahr 1992 bei Prof. Ulrich Zimmerli zum Thema Gemeinderecht abgelegt und ist dieser Thematik während seiner ganzen beruflichen Karriere treu geblieben.

Als Geschäftsführer des VBG setzt sich Daniel Arn seit über 26 Jahren für die bernischen Gemeinden ein. Gleichzeitig ist er **die** Koryphäe in Sachen Staats-, Verwaltungs- und Gemeinderecht beziehungsweise zu Fragen wie beispielsweise der Aufgabenteilungsgrundsätze, dem FILAG, der Bestandesgarantie oder der Gemeindeautonomie. Was seinen äusserst grossen Wert für die Gemeinden ausmacht, ist aber nicht (nur) seine hohe juristische Kompetenz, sondern vor allem auch sein Herz, sein gesunder Menschenverstand und seine lösungsorientierte Art. So schafft er es immer wieder, hochkomplexe Zusammenhänge mit seiner bildhaften Sprache für alle verständlich zu machen, gemeinsam mit allen Beteiligten praxistaugliche Lösungen zu entwickeln und dank konsequenter Anwendung der Pareto-Regel (80/20) an unzähligen «Fronten» gleichzeitig im

Einsatz zu stehen. Aktuelles Beispiel dafür ist die Bewältigung der Corona-Krise. Den Heerscharen von Mitarbeitenden in unzähligen verschiedenen Amtsstellen beim Kanton steht seitens des VBG in der Person von Daniel Arn eine einzige Anlaufstelle gegenüber, bei der alle Fäden zum Thema Corona zusammenlaufen.

Wer das Privileg hat, enger mit Daniel Arn zusammen arbeiten zu dürfen, weiss aus eigener Erfahrung um den unermüdbaren Einsatz zugunsten der Gemeinden. So kommt regelmässig morgens früh um sechs Uhr schon die erste Mail, wo nötig wird beim Kanton auch mal der «Zweihänder ausgepackt» und «Saubi aagmacht», und dann im nächsten Schritt hinter verschlossenen Türen gemeinsam wieder lösungsorientiert daran zu arbeiten, dass eine für alle Beteiligten tragfähige und praxistaugliche Lösung erarbeitet werden kann. Gesamtheitliche Lösungen sind ihm wichtig, denn schliesslich repräsentieren der Kanton *und* die Gemeinden gemeinsam den Staat gegenüber der Öffentlichkeit. Und wenn am Ende ein Vorschlag auf dem Tisch liegt, der bei allen eine «mittlere Unzufriedenheit» auslöst, scheint der richtige Kompromiss gefunden worden zu sein. Andernfalls ist Daniel Arn besorgt, ein Geschäft «abzuhornen», notfalls indem der VBG seine politischen Muskeln spielen lässt. Trotz harten Verhandlungen in der Sache «spielt» Daniel Arn jedoch nie direkt auf die «Person», so dass er auch bei den Verantwortlichen der verschiedensten Amtsstellen beim Kanton trotz vieler «Kämpfe» eine ausgesprochen hohe Akzeptanz und Wertschätzung genießt. Fairplay ist für ihn als sportverbundene Person auch im Beruf wichtiges Gebot und ständiger Begleiter.

Mindestens die schon etwas älteren Gemeindeglieder haben meist noch einen anderen Bezug zu Daniel Arn: Sie haben

bei ihm die Schulbank gedrückt und von ihm das gemeinderechtliche Handwerk gelernt. Auch ist er im Alltag für unzählige Gemeindeglieder und Gemeinderatsmitglieder die allererste Anlaufstelle, wenn schwierige Rechtsfragen auftauchen. Daniel Arn bietet Gewähr für eine schnelle, fundierte und klare Einschätzung, damit die Gemeinden ihren Entscheidung in Kenntnis allfälliger rechtlicher Risiken treffen können. Seine diesbezügliche Hilfsbereitschaft ist schon fast grenzenlos und ein massgeblicher Faktor, weshalb Daniel Arn bei den bernischen Gemeinden eine unvergleichlich hohe Wertschätzung genießt.

Der VBG ist sehr dankbar dafür, Daniel Arn in den vergangenen über 26 Jahren als getreuen Freund an seiner Seite gehabt zu haben. Er hat in dieser Zeit gemeinsam mit vier Präsidenten und unzähligen Vorstandmitgliedern die Geschicke der bernischen Gemeinden massgeblich über einen langen Zeitraum hinweg in äusserst positivem Masse geprägt. Er war und ist während seiner Schaffenszeit wesentlich dafür verantwortlich, dass dem VBG die heutige wichtige zentrale Bedeutung und Stellung in der kanton-bernischen Politlandschaft in Bezug auf Gemeindefragen zukommt. Dass der VBG heute über einen dermassen hohen politischen Einfluss verfügt, dass die Medien auch schon mal von der mächtigen Gemeindegliedersprecher, ist massgeblich Daniel Arn zu verdanken.

Der Vorstand des VBG beantragt der Mitgliederversammlung, Daniel Arn in Anerkennung und Würdigung seiner überaus grossen Verdienste und Treue sowie für sein ausserordentliches, langjähriges Engagement für die bernischen Gemeinden im Allgemeinen und den Verband im Besonderen, die VBG-Ehrenmitgliedschaft zu verleihen.

# CONFÉRER LA DIGNITÉ DE MEMBRE D'HONNEUR DE L'ACB À DANIEL ARN

AUCUNE ROUTE N'EST LONGUE AUX CÔTÉS D'UN AMI.

SAGESSE JAPONAISE

Chacun qui a gravité dans l'environnement des communes bernoises au cours de ces dernières années sait qui est Daniel Arn. Les communes bernoises et Daniel Arn sont aussi indissociables que le recto et le verso de la même feuille. La thèse de doctorat qu'il a rédigée sous la direction du professeur Ulrich Zimmerli et qu'il a défendue en 1992 portait déjà sur le droit communal, thématique à laquelle il est resté fidèle durant tout son parcours professionnel.

Pendant plus de 26 ans, il s'est engagé sans relâche pour les communes bernoises en qualité de directeur de l'ACB. Il est également devenu le coryphée en matière de droit public, de droit administratif et de droit communal, notamment dans des domaines tels que la répartition des tâches, la LPFC, la garantie de l'existence des communes ou l'autonomie communale. Mais ce n'est pas (seulement) son haut niveau d'expertise juridique qui le rend si précieux pour les communes, ce sont surtout son grand cœur, son bon sens et son esprit éminemment constructif. Ainsi, il parvient toujours à rendre les situations les plus compliquées simples pour tout le monde grâce à son langage imagé, à développer des solutions répondant aux besoins de la pratique en coopération avec tous les acteurs concernés et, en appliquant systématiquement le principe de Pareto (80/20), à se battre sur d'innombrables fronts en même temps. La maîtrise de la crise due au coronavirus en est un exemple récent qui montre qu'en la matière, des légions de collaborateurs représentant d'innombrables services du canton font face à un interlocuteur unique, Daniel Arn, qui représente l'ACB.

Qui a eu le privilège de travailler étroitement avec Daniel, connaît par expé-

rience son infatigable engagement pour les communes. Le premier courriel arrive régulièrement vers six heures du matin déjà. Et s'il menace parfois de sortir l'épée à deux mains du fourreau (*Zwöihänder uuspacke*), il est le premier à caresser ses interlocuteurs dans le sens du poil (*ga Saubi aamache*), puis, à l'abri des regards, à retrousser ses manches pour reprendre avec ceux-ci la recherche d'une solution pragmatique acceptable pour toutes les parties prenantes. Il accorde une importance toute particulière aux formules globales, car, en somme, pour le peuple, l'État c'est à la fois le canton et les communes. Et lorsque les discussions accouchent finalement d'une proposition qui « désavantage toutes les parties dans une mesure comparable », il sait que le bon compromis a été trouvé. Si les interlocuteurs font alors mine de ne pas s'en rendre compte, Daniel n'hésite pas à marquer un arrêt très net en annonçant que l'ACB va sans doute choisir de faire jouer ses muscles politiques. Mais même lorsque les négociations sont dures sur le fond, Daniel ne s'en prend jamais aux personnes et se concentre sur la solution commune qui doit être trouvée. Ainsi, malgré de nombreuses escarmouches, il est toujours le bienvenu dans les différents services cantonaux et jouit d'une haute estime de la part de leurs responsables. Proche du monde du sport, le fair-play est un principe important qui l'accompagne en permanence dans sa vie professionnelle.

Les cadres communaux, en tous les cas ceux d'un certain âge, ont encore un autre lien avec Daniel. Ils ont suivi son enseignement pour apprendre à manier les outils du droit communal. Ce n'est donc pas un hasard s'il est devenu la toute première personne vers laquelle les cadres et conseillers municipaux sont

si nombreux à se tourner lorsqu'ils sont confrontés à une question juridique délicate, ce qui arrive quotidiennement. Avec Daniel, ils savent pouvoir compter sur une évaluation rapide, fondée et claire qui permettra à la commune de se déterminer en toute connaissance de cause et d'éventuels risques juridiques. Sa disponibilité en la matière semble presque illimitée, raison pour laquelle il jouit d'une immense estime au sein des communes.

L'ACB est très reconnaissante d'avoir eu en Daniel un grand serviteur fidèle au cours de ces plus de 26 dernières années durant lesquelles il a travaillé avec quatre présidents et d'innombrables membres du comité. Son action aura été décisive et son empreinte extrêmement positive va marquer le destin des communes bernoises durant encore longtemps. C'est pendant son mandat que l'ACB a acquis sa position et son importance aujourd'hui si cruciales dans le paysage politique du canton de Berne pour tout ce qui a trait aux affaires communales. C'est aussi en grande partie grâce à Daniel que l'ACB dispose aujourd'hui d'une influence politique telle que les médias n'hésitent parfois pas à utiliser l'expression « puissant lobby des communes » pour se référer à notre association.

Le comité de l'ACB propose à l'Assemblée générale de conférer à Daniel Arn la dignité de membre d'honneur de l'ACB en reconnaissance de ses très grands mérites, de sa loyauté sans faille et de l'engagement exceptionnel dont il a fait montre durant toutes ces années en faveur des communes bernoises en général et de leur association en particulier.

Le comité de l'ACB

## Cleangreen Consulting GmbH – Ihr Fachberater im infrastrukturellen Facility Management

Cleangreen Consulting ist eine schweizweit tätige, neutrale und unabhängige Beratungsfirma. Seit bald 25 Jahren im Einsatz für Gemeinden, Städte, Wirtschaftsunternehmen und Organisationen. Ihr Spezialist bei der Optimierungsplanung, Beratung, und Reorganisation in den Bereichen Hausmeisterkonzepte, Werkhof- und Kommunalbetriebe, Grünflächenmanagement, Reinigungsmanagement in Gesamtprojekten oder Teilaufgaben inkl. Arbeitsplatzbewertungen.

### Hausmeister- / Werkhof- / Kommunalbetriebskonzepte



Ziel ist in jedem Fall der optimale Pflege- und Unterhaltsgegenwert für die eingesetzten finanziellen Mittel (bzw. Steuerfranken bei Werkhof- / Hausmeister- / Kommunalbetriebskonzepten).

Im Kommunalbereich ist bei grossen Investitionsvorhaben die Frage der Kooperation mit Nachbargemeinden aktuell.

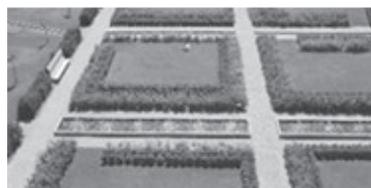
Hausmeisterkonzepte sind Projekte, bei denen der Einsatz und der Betrieb der Hausmeisterdienste optimal strukturiert und organisiert wird.

*Cleangreen Consulting überprüft neutral und unabhängig die Voraussetzungen und Besonderheiten. Wir erarbeiten aufgrund der vorhandenen Daten sowie der fundierten Erfahrung klare, wirtschaftlich begründete, umweltfreundliche Unterhaltskonzepte, die auch den Aspekt Eigenleistung oder Fremdleistung einbeziehen.*

### Grünflächenmanagement

Bereits bei der Planung und Konzipierung von Grünanlagen ist es wichtig, die Unterhaltskosten gebührend in die Überlegungen mit einzubeziehen. Auch bei bestehenden Arealflächen geht es um das Erfassen, Organisieren und Optimieren der Betriebsabläufe im Unterhaltsbereich.

*Cleangreen Consulting ist Ihr kompetenter Partner für Aufgaben auch in diesem Sektor. Wir berücksichtigen alle wichtigen Parameter und Besonderheiten mit dem Ziel, eine optimale, nachhaltige Arealpflege- und Unterhaltslösung zu finden.*



### Cleangreen Consulting GmbH

Enggiststrasse 77  
Postfach 786  
CH-3076 Worb  
Tel. 031 832 10 30  
Fax 031 832 10 31  
www.cleangreen.ch

### Reinigungsmanagement / Submissionen



Die Aufgaben der Gebäudereinigung sind Sauberkeit, Hygiene und Werterhaltung von Gebäudeteilen. Die Gebäudereinigungstechnik ist vielfältig, anspruchsvoll und wichtig. Seit einigen Jahren prägen permanente Änderungen den gesamten Reinigungssektor, immer bessere Mittel und Methoden gelangen zur Anwendung. Ein bedeutender Anteil an den täglichen oder periodischen Reinigungsarbeiten wird an Ort und Stelle von eigenem Personal als Eigenreinigung bewältigt. Daneben ist das berufliche Reinigen, die Fremdreinigung, ein bedeutender Wirtschaftszweig. Je nach individuellen Voraussetzungen oder Gegebenheiten sind auch Mischformen möglich.

*Cleangreen Consulting koordiniert und kommuniziert die speziellen Auflagen der Hersteller, wählt das optimale Reinigungsverfahren, sucht den geeignetsten Spezialisten mit der besten Ausführungstechnik.*

## DER NEUE GESCHÄFTSFÜHRER STELLT SICH VOR



Im Sommer dieses Jahres darf ich die Geschäftsführung des Verbandes Bernischer Gemeinden übernehmen. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe. Neuland ist das bernische Gemeinwesen für mich nicht – mit «Gemeindeangelegenheiten» beschäftige ich mich in verschiedenen Funktionen seit über 30 Jahren. Aber der Fokus wird ein anderer sein: Als Geschäftsführer des VBG werde ich künftig die Interessen aller Gemeinden des Kantons zu vertreten haben und nicht mehr nur jene einer einzelnen Stadt oder Gemeinde.

Meine ersten «kommunalen Gehversuche» habe ich – noch während des Studiums – im Rechtsdienst der Gemeinde Köniz unternommen. Meine erste Stelle nach dem Anwaltspatent trat ich dann auf der damaligen kantonalen Gemeindedirektion an, die kurz darauf mit dem seinerzeitigen Raumplanungsamt zum Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) fusioniert wurde. Bei der Gemeindedirektion hatte ich anfänglich mit Gemeinden fast aus dem gesamten Kantonsgebiet zu tun, beim AGR nachher vor allem mit den Gemeinden aus dem Oberaargau und dem Emmental. Nach sechs AGR-Jahren zog es mich zurück an die Uni und später für ein Nachdiplomstudium

nach London, bevor ich als Rechtskonsulent zur Stadt Bern kam. (Einer meiner Vorgänger in diesem Amt war übrigens Mani Matter, der nicht nur ein genialer Chansonnier war, sondern auch ein brillanter Jurist. Ich besass zwar eine Gitarre, Chansons vorgetragen habe ich aber aus Rücksicht auf meine Mitmenschen nie.) Nach der Pensionierung meiner Vorgängerin wurde ich schliesslich Stadtschreiber – dieses Amt habe ich nun 13 Jahre lang mit Herz und Leidenschaft ausgeübt.

Der Wechsel vom Stadtschreiber zum VBG-Geschäftsführer ermöglicht es mir, einen echten Perspektivenwechsel vorzunehmen. Das Anliegen, der Kern und das Ziel bleiben dasselbe: Es geht um die Gemeinden, also jene Lebensräume, in denen am unmittelbarsten die Rahmenbedingungen geschaffen werden für die Menschen, die in den Dörfern, Agglomerationen und Städten dieses Kantons wohnen. Aber die Perspektive ändert sich: Die Herausforderung wird es sein, gute Lösungen für die verschiedenen kommunalen Bedürfnisse zu finden – und diese Bedürfnisse sind nicht immer für alle Gemeinden gleich. Anschauungsunterricht haben mir dazu nicht zuletzt die Diplomlehrgänge für die angehenden Gemeindeglieder gegeben, in denen ich seit über 20 Jahren als Dozent mitwirke.

Während meiner Zeit als Stadtschreiber war ich Vorstandsmitglied der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder. Dieser ständigen Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen aus grossen und kleinen Gemeinden aus allen Regionen unseres Landes hat mir immer wieder vor Augen geführt, dass viele Herausforderungen für die Gemeinden oft ähnlich sind, dass es aber unterschiedliche Wege gibt, sie

anzugehen. Die Offenheit für den Austausch und die Bereitschaft, von anderen zu lernen, sind entscheidend für die Fähigkeit, gute Lösungen für die Zukunft zu finden. Das gilt, bei aller Bodenhaftung der Gemeinden, auch für die Zukunft der kommunalen Staatsebene.

Daniel Arn abzulösen, der die Geschäfte des VBG während der vergangenen 26 Jahre geführt hat, ist eine Aufgabe, die nur mit einer gehörigen Portion Respekt angegangen werden kann. Unsere Wege haben sich Mitte der 1990er Jahre zum ersten Mal gekreuzt, und zwar in der damaligen Expertenkommission für die Totalrevision des kantonalen Gemeindegesetzes: Dänu als relativ frischer VBG-Geschäftsführer, ich als noch viel frischerer Kommissionssekretär. Wir sind also Beide ein bisschen Geburtshelfer dieses für die bernischen Gemeinden zentralen Gesetzes. Seither sind wir immer in engem Kontakt geblieben. Die Voraussetzungen für einen nahtlosen Übergang in der VBG-Geschäftsführung sind also gegeben.

4teamwork

# teamraum® Für Teamarbeit mit Spassfaktor.



**Grenzenlose  
Zusammenarbeit**



**Homeoffice  
Garantie**



**JITSI Videokonferenz  
integriert**

**Sie wollen Flexibilität und gleichzeitig strukturiertes Arbeiten mit garantierter Datensicherheit fördern?** Mit der für Sie perfekten Lösung teamraum® von 4teamwork erfüllen wir Ihnen alle drei Wünsche auf einmal.

Gönnen Sie Ihrem Team das Werkzeug, um erfolgreich zusammen zu arbeiten. Egal ob Projektgruppen, Kommissionen, Fachgremien oder interdisziplinäre Gruppen – die Zusammenarbeit wird effizient unterstützt.

4teamwork bietet Ihnen die Lösung sorgenfrei als «Cloud-Dienst» auf Schweizer Boden oder installiert in Ihrem Netzwerk an. Zahlreiche Referenzen bestätigen den hohen Nutzen in der Praxis.

Klingt interessant?

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website.

**4teamwork AG** | Dammweg 9, CH-3013 Bern

T +41 31 511 04 00 | [contact@4teamwork.ch](mailto:contact@4teamwork.ch) | [www.4teamwork.ch](http://www.4teamwork.ch)



## LE NOUVEAU DIRECTEUR SE PRÉSENTE

Cet été, j'aurai l'honneur de reprendre le poste de directeur de l'Association des communes bernoises et je me réjouis d'ores et déjà de pouvoir assumer cette mission. Pour moi, les affaires communales bernoises ne sont toutefois pas une terre inconnue tant il est vrai qu'elles sont mon « territoire » professionnel depuis plus de 30 ans, et cela dans plusieurs fonctions. Cela dit, l'angle d'attaque sera différent : en tant que directeur de l'ACB, je représenterai dorénavant les intérêts de toutes les communes du canton et non plus ceux d'une seule ville ou commune.

J'ai effectué mes « premiers pas sur le terrain communal » durant mes études déjà, au sein du service juridique de la commune de Köniz. Et, une fois mon brevet d'avocat en poche, je suis entré au service de la Direction des communes de l'époque, qui a, peu après mes débuts, fusionné avec l'Office de l'aménagement du territoire pour donner l'actuel Office des affaires communales et de l'aménagement du territoire (OACOT). Au début, à la Direction des communes, j'avais affaire à des communes de presque tout le canton alors que plus tard, à l'OACOT, je m'occupais essentiellement de communes de Haute-Argovie et de l'Emmental. Après six ans passés à l'OACOT, je suis retourné à l'université puis, plus tard, j'ai accompli une formation postgrade à Londres avant d'entrer comme conseiller juridique au service de la Ville de Berne. (Pour la petite histoire, l'un de mes prédécesseurs dans cette fonction a été Mani Matter qui n'a pas été qu'un chansonnier génial. Il a aussi été un brillant juriste. Je possédais certes une guitare, mais par respect pour mes semblables, je ne me suis jamais produit en public.) Après le départ à la retraite d'Irène Maeder Marsili, je lui ai succédé en tant que chancelier de la

Ville de Berne, mission que j'accomplis avec corps et âme depuis treize ans.

Passer de la fonction de chancelier de la Ville de Berne à celle de directeur de l'ACB me permet d'opérer un véritable changement de perspective. Les aspirations, le cœur et le but de la mission restent les mêmes : il en va toujours de la commune, c'est-à-dire du cadre de vie dans lequel sont posées les conditions qui touchent les gens le plus directement, qu'il s'agisse d'un village, d'une agglomération ou d'une ville de ce canton. Ce qui change, c'est la perspective : sachant que toutes les communes n'ont pas les mêmes besoins, le défi sera pour moi de trouver comment répondre aux attentes de toutes les communes du canton en même temps. Les formations qualifiantes qui s'adressent aux futurs cadres communaux dans lesquelles j'interviens en tant qu'enseignant depuis plus de 20 ans m'en donnent un bon aperçu.

Durant mon mandat de chancelier municipal, j'ai également été membre du comité de la Conférence suisse des secrétaires municipaux. Le contact permanent avec des collègues de grandes et de petites communes de toutes les régions de notre pays m'a permis de constater que si les communes doivent souvent répondre à des défis comparables, il existe bien des manières différentes de les relever. L'ouverture aux échanges et la volonté d'apprendre des autres sont décisives pour trouver des solutions gagnantes. Cela est particulièrement vrai pour les communes bernoises, car, bien qu'étant des corporations de droit public proches des gens et enracinées dans leurs régions et traditions respectives, elles n'en constituent pas moins l'un des échelons de notre État fédéral.

Succéder à Daniel Arn qui a géré les affaires de l'ACB au cours des 26 dernières années est une tâche qui ne peut être abordée qu'avec beaucoup de respect. Nos chemins se sont croisés pour la première fois au milieu des années 1990 lorsque nous avons siégé au sein de la commission d'experts pour la révision totale de la loi sur les communes : Dănu en tant que directeur de l'ACB relativement récemment nommé et moi en tant que secrétaire de la commission encore plus récemment nommé. Nous pouvons donc tous deux nous considérer un peu comme des sages-hommes ayant contribué à l'accouchement de ce texte normatif crucial pour les communes bernoises. Depuis lors, nous sommes toujours restés en contact étroit. Les conditions d'une transition en douceur à la direction de l'ACB sont donc parfaitement réunies.

# DIE GEMEINDE IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN RECHTSSTAATLICHKEIT UND HANDLUNGS(UN)-FÄHIGKEIT

Zusammenfassung des digital vermittelten Referats von Daniel Arn, gehalten am Politforum Thun vom 12. März 2021

## DAS SPANNUNGSFELD

Rechtsstaatlichkeit und Handlungsfähigkeit sind Voraussetzung für erfolgreiches staatliches Handeln. Allerdings ist es nicht ganz einfach, jederzeit gleichzeitig Rechtsstaatlichkeit und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, in der Praxis erzeugen die beiden Maximen ein erhebliches Spannungsfeld. Die beiden Begriffe zeichnen sich durch die folgenden Attribute aus:

### Rechtsstaatlichkeit

demokratisch legitimiert

- > im öffentlichen Interesse
- > verhältnismässig
- > rechtssatzgebunden
- > voraussehbar, rechtssicher
- > rechtsgleich
- > *stur / bürokratisch / kompliziert?*

### Handlungsfähigkeit

- > rasch
- > flexibel
- > effizient
- > situationsbezogen
- > wirtschaftlich
- > kundenfreundlich
- > *willkürlich / diktatorisch?*

Der gesellschaftliche Wandel erfolgt sehr schnell, der Staat ist stets bemüht, den Anschluss nicht zu verlieren. Steigender Wohlstand, demografische Entwicklung, zunehmende Mobilität und Digitalisierung und vieles mehr halten den Staat auf Trab. Das föderale System ist Garant für Bürgernähe und gute und preiswerte staatliche Leistungen, die Verfahren sind aber kompliziert und zeitaufwändig. Am Beispiel der

Digitalisierung zeigt sich, dass der Staat gefordert ist und Gefahr läuft, wegen der raschen Entwicklung die Rechtsstaatlichkeit eher in den Hintergrund zu rücken und der Handlungsfähigkeit Vorrang zu geben. Die Informatiker organisieren unseren Staat! Seien wir ihnen dankbar, dass überhaupt etwas geht. Besinnen wir uns aber darauf, dass die Politik im Rahmen rechtsstaatlicher Prinzipien den Ton auch in diesem Bereich angeben muss. Werden die Prinzipien des Rechtsstaats allerdings überdehnt, kehrt Handlungsunfähigkeit ein, was letztlich den Rechtsstaat in sein Gegenteil verkehren kann. Wir sind auf dem Weg dazu!

### Rechtsschutz – Fluch oder Segen?

Der Rechtsschutz der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist fundamentaler Bestandteil der Rechtsstaatlichkeit und nicht wegzudenken. Auch die Gemeinden sind froh und dankbar, dass sie sich im Rahmen des geltenden Rechts gegen unliebsame kantonale Entscheide bei unabhängigen Gerichten zur Wehr setzen können. Allerdings sind auch hier einige kritische Gedanken angebracht: Was nützt einer Gemeinde das Beschwerderecht, wenn sie vor der ersten Instanz ein halbes Jahr und vor der zweiten Instanz zwei Jahre warten muss, bis entschieden wird? Oft muss sich die Gemeinde deshalb vor dem ersten kantonalen Entscheid den Forderungen des Kantons unterziehen, damit sie ohne Beschwerdeverfahren zum Ziel kommt, auch wenn sie überzeugt ist, dass sie dereinst Recht erhalten hätte (Beispiel: Vorprüfungsverfahren bei Planerlassverfahren). Ein weiteres Problem besteht darin, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger kommunale Projekte ohne jedes finanzielle Risiko praktisch beliebig verzögern können, indem sie gegen den Beschluss der

Stimmberechtigten Beschwerde erheben. Auch wenn dereinst eine letzte Instanz der Gemeinde Recht gibt, sind Jahre verstrichen, viele Projekte lassen sich dann nicht mehr wie vom Souverän beschlossen umsetzen. Hier stellt sich schon die Frage, ob nicht beispielsweise ab der zweiten Rechtsmittelinstanz über ein gewisses Kostenrisiko oder auch über die Frage der aufschiebenden Wirkung gesprochen werden müsste. *Affaire à suivre!*

### Planungsrecht und Rechtsstaat

Die Raumplanung ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Jede staatsrechtliche Ebene hat in diesem Politikbereich ihre Zuständigkeiten. Planungsträgerin ist in den meisten Fällen die Gemeinde, welche mit ihrer baurechtlichen Grundordnung im Rahmen der übergeordneten Vorgaben bestimmt, wo und wie gebaut werden kann. In den letzten Jahren sind die Vorgaben des übergeordneten Rechts sehr dicht geworden, es ist zunehmend schwierig, sich im Normendschub zu bewegen. Viele gesetzliche Vorgaben verwenden unbestimmte Rechtsbegriffe oder belassen der Planungsbehörde gewisse Handlungsspielräume. Die Fachberichte der zuständigen Fachämter werden vom AGR gesammelt und einer Interessenabwägung unterzogen, wobei seitens der Gemeinden immer wieder der Vorwurf laut wird, die Fachberichte würden mehr oder weniger vollständig zum Genehmigungsvorbehalt erhoben, ohne dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem von den verschiedenen Fachberichten erzeugten Spannungsfeld stattfindet. Eigentlich ist die Abwägung verschiedener Interessen, die zueinander in einem Spannungsfeld liegen, Sache der Gemeinden, nicht des Kantons. Der Kanton soll sich darauf beschränken, im Rahmen der Vor-

prüfung und der Genehmigung zu prüfen, ob die Gemeinde die Interessenabwägung rechtlich korrekt gemacht hat. Diese Verantwortung müssen die Gemeinden übernehmen, damit würde ein Teil der im Planungsrecht verlorenen Autonomie wieder zurückerlangt. Zudem müssen Planungsprozesse beschleunigt werden, indem sie sich auf Wesentliches beschränken (80:20-Regel) und die Behandlungsfristen gekürzt und auch eingehalten werden. Eine lange Verfahrensdauer ist nicht Garant für gute Qualität. In diesem Politikbereich muss der Überdehnung der Rechtsstaatlichkeit Einhalt geboten werden, die Handlungsfähigkeit muss verbessert werden. Die Normendichte und die langwierigen und bürokratischen Verfahren führen zu einer Blockierung der Entwicklung, die nicht primär die Gemeinden zu verantworten haben.

#### Finanzaufsicht und Rechtsstaat

Es gibt aber auch ein positives Beispiel: Bei der Aufsicht über die Haushalte der Gemeinden hat eine deutliche Verbesserung stattgefunden. Früher hat der Kanton viele Einzelentscheide genehmigt (Aufnahme von Fremdmitteln, Schuldengrenze etc.), was die Verantwortlichkeiten verwischt hat. Auch die Passation durch das Regierungsratsamt war eine grosse, bürokratische Übung, Waschkörbe mit Belegen sind hin und her gereicht worden, ohne dass die Qualität der kommunalen Haushalte damit verbessert worden wäre. Diese Leerläufe wurden abgeschafft. Heute verschafft sich der Kan-

ton mit der Auswertung der Angaben der Gemeinden (u.a. Budget) einen groben Überblick über den finanziellen Zustand der Gemeinde. Mit diesem Früherkennungs- und Frühwarnsystem kann der Kanton eine wirkungsvolle Aufsicht ausüben und zu einem frühen Zeitpunkt intervenieren, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Früher hat das der Kanton trotz seiner vielen Genehmigungszuständigkeiten nie gemerkt, einige Gemeinden sind dabei in finanzielle Schieflage geraten und haben grosse Bilanzfehlbeträge erwirtschaftet. Ein Abbau von Vorschriften bedeutet keineswegs immer eine Schwächung des Rechtsstaats, im Gegenteil.

#### Selbstkritische Betrachtungen zur Arbeitsweise

Die Berufsgruppe der Juristen, der ich auch angehöre, neigt zur Ängstlichkeit, weil sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, sie würde Beurteilungen vornehmen, die vor den Gerichten nicht standhalten würde. Alles muss hieb- und stichfest sein, es lebe die Nullfehlertoleranz. Weder der Kanton noch dessen Rechtsgelehrte können die Gemeinden vor jedem Risiko bewahren. Eine einlässliche Beurteilung der Rechtslage ist sicher unerlässlich, aber im Wissen darum, dass die Jurisprudenz keine exakte Wissenschaft ist, muss dem Prinzip «Ängstlichkeit» auch hier ein Riegel geschoben werden. Die Handlungsfähigkeit wird erhöht, wenn nicht immer alle möglichen rechtlichen Turbulenzen heraufbeschworen werden. Die Verfahren sollen nicht wegen einer überdehnten rechtlichen Risiko-

beurteilung ständig verzögert werden. Der Kanton muss sich diesbezüglich nicht schützend vor die Gemeinden stellen, diese sind gerne bereit und in der Lage, diese Verantwortung zu übernehmen und gewisse Risiken einzugehen. Letztlich liegt es in der Führungsverantwortung der politischen Behörde, ob sie eine Kultur der Ängstlichkeit fördern oder eine gewisse Risikobereitschaft pflegen will. Die Handlungsfähigkeit können wir nur dann erhalten bzw. zurückgewinnen, wenn wir gewisse Risiken im Graubereich des rechtlichen Handwerks bewusst in Kauf nehmen.

#### Fiat iustitia et pereat mundus<sup>2</sup>

Es soll Gerechtigkeit geschehen, und gehe die Welt darüber zugrunde<sup>3</sup>. Mit meinem Thema hat man sich also bereits vor 500 Jahren auseinandergesetzt. Ich vertrete klar die Auffassung, dass alles daran zu setzen ist, um die Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen, da braucht es von allen einen grossen Effort, die Politik ist gefordert. Gleichzeitig bekenne ich mich zur Rechtsstaatlichkeit, sie hat gegenüber allzu weitgehenden Effizienzüberlegungen klar den Vorrang. Letztlich nützt uns Handlungsfähigkeit nichts, wenn kein Vertrauen in den Staat (und in die Gemeinde) besteht. Dazu müssen wir Sorge tragen, das ist ein sehr hohes Gut.

<sup>2</sup> wird Papst Hadrian VI (1459 – 1523) und Kaiser Ferdinand (1503 – 1564) zugeschrieben

<sup>3</sup> frei übersetzt nach Wikipedia

Gemeindestrassen:

## Jederzeit aktuell im Bild mit InfraReport!



Sie haben z. B. Ihre Strassen in einer Excelliste: Unser InfraReport stellt Ihnen daraus alle Prioritäten dar.

Oder Sie möchten Strassen, Wasser und Abwasser inkl. GEP ebenfalls aktuell inkl. Kosten darstellen?

Teilen Sie Informationen via Internet oder E-Mail mit Gemeinderat und Baukommission.

Fragen Sie uns nach dem nächsten Schritt für Ihre Gemeinde!

InfraTrace GmbH  
Allmendstrasse 6  
Postfach 28  
CH-3629 Kiesen  
Telefon+41 33 221 88 22  
office@infratrace.ch  
www.infratrace.ch

**Live-Demo zu InfraReport:**

1. infratrace.ch
2. InfraReport
3. Live-Demo Gemeindeinfrastrukturen

### Zukunftssicher:

Mit Office 365-Werkzeugen und Ihrer Gemeindekarte in StreetTrace schaffen Sie ein digitales Gedächtnis Ihrer Infrastrukturen.

Ideal bei Personalwechsel oder Pensionierungen.

**Nichts geht mehr verloren!**

## INTERVIEW MIT UELI BURI KANTONALE DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER



*VBG: Sie sind jetzt seit zwei Jahren Datenschutzbeauftragter des Kantons Bern, auch für die Gemeinden zuständig. Zuvor haben Sie sich mit Fragen und Prozessen des geistigen Eigentums auseinandergesetzt. Was haben Sie in diesen zwei Jahren erlebt, was hat sich gegenüber Ihrer früheren Tätigkeit beim Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) geändert?*

Der Datenschutz und das geistige Eigentum haben gemeinsam, dass Informationen – also Werte, die nicht physisch greifbar sind – vor Missbrauch geschützt werden sollen. Das geistige Eigentum stellt jedoch nur Regeln für den privaten Wettbewerb auf, der Datenschutz dagegen auch für die Behörden. Deshalb trägt das IGE zwar Marken- und Patentrechte in seine Register ein, die Durchsetzung im Arbeitsalltag überlässt es jedoch vollständig den Privaten und den Gerichten. Demgegenüber stehen wir bei der Beratung und Aufsicht über den Datenschutz im direkten Kontakt mit den Behörden, welche die Regeln beachten müssen, und mit den Bürger\*innen, deren Rechte geschützt werden sollen.

*Was ist das Hauptanliegen des Datenschutzes, worin besteht ganz konkret Ihr Auftrag?*

Die Verfassungen des Bundes und des Kantons Bern garantieren eine Reihe von Grundrechten, etwas das Recht auf Leben, auf rechtsgleiche Behandlung oder auf Meinungsfreiheit. Auch der Schutz der Privatsphäre ist ein solches Grundrecht. Dabei geht es nicht nur um die Interessen der einzelnen betroffenen Personen; auch das Funktionieren unserer Demokratie setzt voraus, dass sich alle Leute unbeobachtet bewegen und informieren können. Gleichzeitig erwarten wir vom Staat zahlreiche Leistungen im Gemeinwohl, wie ein Bildungssystem, eine Gesundheitsversorgung oder öffentliche Sicherheit. Diese Aufgaben können die Behörden von Kanton und Gemeinden nicht erfüllen, ohne in die Freiheiten der Einzelnen einzugreifen, hier: ohne ihre Einwohner\*innen zu kennen und gewisse Daten über sie zu bearbeiten. Das Datenschutzrecht soll zwischen diesen zwei Anliegen – Erfüllung öffentlicher Aufgaben und Schutz der Privatsphäre – die richtige Balance schaffen.

Die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Grundsätze obliegt in erster Linie den Behörden selbst. Unser Auftrag ist, sie bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung aus einer unabhängigen Warte – d.h. ohne politische Vorgaben der Regierung – zu unterstützen. Dies geschieht primär durch Beratung, zudem sieht das Gesetz einige Aufsichtsinstrumente vor: So sind uns elektronische Datenbearbeitungen mit erhöhten Risiken für die betroffenen Personen vorgängig zur Prüfung vorzulegen, und wir auditieren in Betrieb stehende IT-Systeme auf ihre Rechtskonformität und technische Sicherheit. Auch den Bürger\*innen ertei-

len wir Auskünfte und beraten sie über ihre Rechte, bei Bedarf stellen wir Rückfragen an die Behörden und vermitteln.

*Aus den Gemeinden hört man ab und zu, der Datenschutz behindere die Behördentätigkeit, eine Amtsstelle verweigere der anderen mit Berufung auf den Datenschutz die Herausgabe der für die Aufgabenerfüllung an sich nötigen Daten. Gleichzeitig geben wir im Privaten im Internet und ganz allgemein im elektronischen Verkehr alles preis. Ist da der Staat nicht zu streng mit seinen Gemeinden?*

Zwischen unserem privaten Verhalten und den Ansprüchen an die Behörden scheint tatsächlich ein Widerspruch zu bestehen. Offenbar sind wir bereit, für «kostenlose» Online-Dienste und Apps mit unseren persönlichen Daten statt mit Geld zu bezahlen. Dies dürfen wir, weil das Privatrecht davon ausgeht, dass sich Anbieter und Kunden als gleichberechtigte Vertragspartner begegnen, selbst wenn Konzerne wie Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft faktisch mit einer Macht auftreten, welche uns oft gar keine andere Wahl mehr lässt als mit einem Klick auf «AGB annehmen» in eine Vielzahl von weitreichenden Datenbearbeitungen einzuwilligen.

Das öffentliche Datenschutzrecht soll die Arbeit der Behörden keinesfalls behindern oder unnötig erschweren. Gerade das bernische Datenschutzgesetz ist so gemacht, dass eine vernünftige Anwendung durchaus möglich ist: Viele Vorschriften enthalten keine starren Regeln, sondern verlangen einzig, dass sich die Behörden bestimmte Fragen – vor allem zur Rechtmässigkeit und zur Verhältnismässigkeit – stellen und plausibel beantworten. Ist eine

Datenbearbeitung für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe notwendig (und nicht nur «gäbig»), so ist sie in der Regel auch erlaubt. Und Behörden dürfen solche Daten auch bei anderen Behörden erfragen, ausser für diese gilt eine besondere Geheimhaltungspflicht (z.B. für Gesundheitsfachpersonen).

*Die Gemeinden haben heute – von Gesetzes wegen – eigene Datenschutz-Aufsichtsstellen. Hand aufs Herz: Von diesen merkt man im kommunalen Alltag nicht sehr viel. Wird da «Window Dressing» gemacht, das heisst sind diese eher schmückendes Beiwerk als wirklich zweckdienlich?*

Die Grundidee von Datenschutzbehörden mit «Ortskenntnissen» ist gerade mit Blick auf den Beratungsauftrag an sich nicht falsch. Weil aber das Gesetz (zu Recht) auch Unabhängigkeit verlangt, bezeichnen viele Gemeinden ihr Rechnungsprüfungsorgan oder eine parlamentarische Aufsichtskommission – d.h. datenschutzrechtliche Laien – als Datenschutzstelle. Diese bzw. schon dass es eine solche gibt, ist oft weder den Gemeindebehörden noch den Einwohner\*innen bekannt. So kann eine kommunale Datenschutzbehörde tatsächlich sehr wenig ausrichten.

Es ist auch nicht unbedingt wirtschaftlich, wenn kommunale Aufsichtsstellen, für die Datenschutzfragen nicht zum ständigen Arbeitsalltag gehören, im Bedarfsfall selbst für Antworten auf wenig komplexe Fragestellungen zuerst Aufwand leisten müssen, zumal wenn dies in jeder Gemeinde einzeln geschieht. Stellen sich dann auch noch sehr viel anspruchsvollere Fragen (z.B. zur rechtlichen Zulässigkeit und technischen Sicherheit von Cloud-Lösungen), gelangen die meisten kommunalen

Aufsichtsstellen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

*In Zusammenarbeit mit den kommunalen Verbänden laufen Arbeiten zur Neugestaltung der Organisation des Datenschutzes in den Gemeinden. Worin könnten diese Neuerungen bestehen?*

Zuhanden der angelaufenen Revision des kantonalen Datenschutzgesetzes arbeiten wir an einem Vorschlag, wonach die allermeisten Gemeinden von der Pflicht zur Führung einer eigenen Aufsichtsstelle entbunden werden sollen und stattdessen die Datenschutzberatung und -aufsicht durch uns als gesamtkantonales Kompetenzzentrum erfolgen soll. Nur noch die grössten Gemeinden mit komplexen IT-Systemen sollen über eine eigene Aufsichtsstelle verfügen, welche die örtlichen Verhältnisse kennt und im ständigen Austausch mit den verantwortlichen Behörden steht. Diese Arbeitshypothese erfordert eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Aufgabenkatalog der Aufsichtsstelle sowie eine klare Darstellung des Verhältnisses zwischen der Datenschutzaufsicht und der gemeinderechtlichen Aufsicht durch die Regierungsstatthalter, an der sich grundsätzlich nichts ändern soll.

*Welches Anliegen haben Sie an den kantonalen Gesetzgeber, welches allenfalls an die Adresse der bernischen Gemeinden?*

Vorweg halte ich es für wichtig, dass der Datenschutz nicht als Hindernis, sondern als unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Digitalisierung der Verwaltungen gesehen wird. Nur mit dem Vertrauen der Bürger\*innen und Unternehmen, dass wir ihre Rechte angemessen schützen, gewinnen wir

sie für die Nutzung elektronischer Angebote. Deshalb lohnt es sich, von Anfang an funktionelle und sichere Lösungen anzustreben und Datenschutzfragen frühzeitig zu stellen. Damit diese auch fachlich kompetent beantwortet werden können, soll die geplante Revision den Zugang der Gemeindebehörden zum Knowhow der kantonalen Datenschutzstelle vereinfachen. Für typisch kommunale Anliegen können wir unsererseits einen zentralen Wissens- und Erfahrungsschatz aufbauen, welcher allen Gemeinden zur Verfügung steht.

#### KURZPORTRÄT

Ueli Buri hat an der Universität Bern Rechtswissenschaften studiert und promoviert. Nach einem gut 20-jährigen Abstecher in die dezentrale Bundesverwaltung ist er im März 2019 zum Kanton Bern zurückgekehrt, wo er als Datenschutzbeauftragter die siebenköpfige Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern (DSA) leitet. Ueli Buri lebt mit seiner Frau und zwei jugendlichen Kindern in der Stadt Bern. In der Freizeit spielt er mehrere Instrumente und wirkt an verschiedenen musikalischen Laien- und Schulprojekten mit.

## ENTRETIEN AVEC UELI BURI, DÉLÉGUÉ CANTONAL À LA PROTECTION DES DONNÉES

*ACB: Vous êtes depuis deux ans maintenant le délégué à la protection des données du canton de Berne, dont le champ de compétence inclut aussi les communes. Avant cela, vous vous occupiez de questions et de processus en lien avec la propriété intellectuelle. Qu'avez-vous vécu au cours de ces deux années ? Qu'est-ce qui a changé par rapport à votre activité antérieure à l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle (IPI) ?*

La protection des données et la propriété intellectuelle ont pour point commun que des informations, c'est-à-dire des valeurs physiquement intangibles, doivent être protégées contre une utilisation abusive. Toutefois, la propriété intellectuelle ne fixe des règles que pour la concurrence privée, tandis que la protection des données en fixe également aux autorités. C'est la raison pour laquelle l'IPI inscrit les droits de marques et de brevets dans ses registres, mais laisse entièrement aux privés et aux tribunaux le soin de les faire respecter dans la vie quotidienne. Par contraste, lors de nos activités de conseil et de surveillance de la protection des données, nous sommes en contact direct avec les autorités, qui doivent se tenir aux règles, et avec les citoyens, dont les droits doivent être protégés.

*Quel est l'objectif principal de la protection des données ? En quoi votre mission consiste-t-elle très concrètement ?*

La Constitution fédérale et la Constitution du canton de Berne garantissent un certain nombre de droits fondamentaux, tels que le droit à la vie, le droit à l'égalité de traitement ou le droit à la liberté d'expression. La protection de la sphère privée en fait également partie. Il n'en va pas que des intérêts des individus concernés ; le bon fonctionne-

ment de notre démocratie suppose également que tous les citoyens puissent se déplacer et s'informer sans être surveillés. Parallèlement, nous attendons de l'État de nombreuses prestations utiles au bien commun, telles qu'un système de formation, des soins de santé ou la sécurité publique. Les autorités cantonales et communales ne peuvent remplir ces tâches sans porter atteinte aux libertés individuelles, en l'occurrence : sans connaître leurs résidents et traiter certaines données les concernant. Le droit de la protection des données vise à trouver un juste équilibre entre les deux objectifs que sont l'accomplissement des tâches publiques et la protection de la sphère privée.

Le respect des principes du droit de la protection des données incombe avant tout aux autorités elles-mêmes. Notre mandat consiste à les aider à s'acquitter de leurs responsabilités ; nous agissons en tant qu'organe indépendant, c'est-à-dire que nous ne recevons pas d'instructions politiques du gouvernement. Notre action prend avant tout la forme de conseils, et la loi prévoit également un certain nombre d'instruments de surveillance. Ainsi, les traitements de données électroniques présentant des risques accrus pour les personnes concernées doivent nous être préalablement soumis pour examen, et nous procédons à des audits de la conformité juridique et de la sécurité technique des systèmes informatiques en service. Nous fournissons également des informations aux citoyens et nous les conseillons sur leurs droits ; au besoin, nous posons des questions aux autorités et servons de médiateurs.

*Les communes disent parfois que la protection des données entrave le travail des*

*autorités, qu'un service refuse, au titre de celle-ci, de remettre à un autre les données dont ce dernier a effectivement besoin dans l'accomplissement de ses tâches. En même temps, dans notre vie privée, nous sommes peu avares d'informations sur le Web et dans les communications électroniques en général. L'État n'est-il là pas trop strict avec les communes ?*

Il semble en effet y avoir une contradiction entre nos comportements privés et nos attentes envers les autorités. Manifestement, nous sommes prêts à payer des services et des applications en ligne « gratuits » avec nos données personnelles plutôt qu'avec de l'argent. Nous pouvons le faire parce que le droit privé part de l'idée que les fournisseurs et les clients se rencontrent en tant que partenaires contractuels égaux, même si des sociétés telles que Google, Amazon, Facebook, Apple et Microsoft disposent dans les faits d'un pouvoir qui ne nous laisse souvent pas d'autre choix que de consentir à une multitude de traitements de données de grande ampleur en cliquant sur « Accepter les conditions générales ».

Le droit public de la protection des données ne doit en aucun cas entraver ou compliquer inutilement le travail des autorités. La loi bernoise sur la protection des données, en particulier, est conçue de telle manière qu'une application raisonnable est tout à fait possible : de nombreuses dispositions ne contiennent pas de règles rigides, mais exigent seulement que les autorités se posent certaines questions – notamment quant à la légalité et à la proportionnalité – et y répondent de manière plausible. Lorsqu'un traitement de données est nécessaire (et pas simplement « commode ») à l'exécution d'une tâche légale, il est généralement autorisé. Et les autorités peuvent également

demander de telles données à d'autres autorités, à moins que ces dernières ne soient soumises à une obligation particulière de garder le secret (par exemple dans le cas des professionnels de la santé).

*Aujourd'hui, chaque commune dispose – de par la loi – de sa propre autorité de surveillance de la protection des données. Soyons honnêtes : l'activité de cette autorité passe largement inaperçue dans le quotidien de la plupart des communes. S'agit-il davantage d'une façade que d'un organe réellement utile ?*

L'idée d'avoir des autorités de protection des données disposant d'une « connaissance du terrain » n'est pas mauvaise en soi, notamment au vu du mandat de conseil. Toutefois, comme la loi exige (à juste titre) également que ces autorités soient indépendantes, de nombreuses communes désignent comme service de protection des données leur organe de vérification des comptes ou une commission parlementaire de surveillance, dont les membres ne connaissent pas grand-chose au droit de la protection des données. Souvent, tant les autorités communales que les habitants ignorent jusqu'à l'existence d'un tel service. Ainsi, une autorité communale de protection des données n'a dans les faits que des pouvoirs très limités.

Il n'est pas non plus forcément rationnel, du point de vue économique, que les organes communaux de surveillance, dont le quotidien professionnel ne tourne pas autour des questions de la protection des données, doivent en cas de besoin fournir un important travail, même pour répondre à des questions peu complexes, à plus forte raison si cela se produit dans chaque com-

mune. Par ailleurs, en cas de questions beaucoup plus exigeantes (par exemple quant à l'admissibilité juridique et à la sécurité technique de solutions dans le cloud), la plupart des organes communaux de surveillance atteignent leurs limites.

*En collaboration avec les associations qui représentent les intérêts des communes, des travaux sont en cours pour revoir l'organisation de la protection des données dans les communes. Que pouvons-nous attendre de ces travaux ?*

Dans le cadre de la révision en cours de la loi cantonale sur la protection des données, nous travaillons sur une proposition visant à libérer la grande majorité des communes de l'obligation de disposer de leur propre organe de surveillance et à nous déléguer le conseil et la surveillance en matière de protection des données en notre qualité de centre cantonal de compétences. Seules les grandes communes utilisant des systèmes informatiques complexes devraient alors disposer de leur propre organe de surveillance, qui connaît les conditions locales et est en contact permanent avec les autorités responsables. Cette hypothèse de travail nécessite un examen approfondi du catalogue des tâches de l'organe de surveillance ainsi qu'une présentation claire des rapports entre la surveillance de la protection des données et la surveillance par les préfets prévue par le droit communal, qui ne devrait en principe pas changer.

*Quelles attentes avez-vous envers le législateur cantonal, et lesquelles envers les communes bernoises ?*

Tout d'abord, je pense qu'il est important que la protection des données ne

soit pas considérée comme un obstacle, mais comme un élément indispensable à la réussite de la numérisation des administrations. Ce n'est que si les citoyens et les entreprises ont confiance en nos capacités à protéger adéquatement leurs droits que nous pourrions les convaincre d'utiliser les services électroniques. Il vaut donc la peine de s'efforcer de trouver dès le départ des solutions fonctionnelles et sûres et de se poser à un stade précoce des questions en lien avec la protection des données. Pour pouvoir répondre avec compétence à ces questions sur le plan technique, la révision prévue vise à simplifier l'accès des autorités communales au savoir-faire du service cantonal de surveillance de la protection des données. S'agissant des préoccupations typiques des communes, nous pouvons de notre côté constituer un corpus central de connaissances et d'expériences, qui sera à la disposition de chaque commune.

## BREF PORTRAIT

Ueli Buri a étudié le droit et obtenu son doctorat à l'Université de Berne. Après un détour long d'une vingtaine d'années dans l'administration fédérale décentralisée, il est revenu dans le giron du canton de Berne en mars 2019, où il dirige en tant que délégué à la protection des données le Bureau cantonal pour la surveillance de la protection des données (BPD), composé de sept membres. Ueli Buri vit en ville de Berne avec sa femme et deux enfants adolescents. Dans son temps libre, il joue de plusieurs instruments et participe à divers projets musicaux amateurs et scolaires.

# BARRIEREFREIE INFORMATION UND KOMMUNIKATION: WERDEN SIE EINE «GEMEINDE FÜR ALLE»

BEITRAG DER KANT. BEHINDERTENKONFERENZ BERN (KBK)

## Inklusion in der Gemeinde durch barrierefreie Information und Kommunikation

«Die Teilnahme an Elternabenden meiner Kinder oder an Gemeindeversammlungen ist für mich als Hörbehinderter ohne SchriftdolmetscherIn schwierig», meint Victor Senn, Mitarbeiter der Interessengemeinschaft Gehörlose und Hörbehinderte IGGH. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Gemeinde setzt einen Informationsaustausch und stetige Kommunikation voraus. Dies ist für Menschen mit Behinderungen oft erschwert. Sie sind angewiesen auf spezifische Kommunikationskanäle (Vergrößerungen, Blindenschrift usw.), welche es ihnen ermöglicht, am Kommunikationsgeschehen teilzunehmen. Sowohl die UNO-Behindertenrechtskonvention als auch das Behindertengleichstellungsgesetz fordern für Menschen mit Behinderungen einen barrierefreien Zugang zu «Information und Kommunikation» in geeigneter Form. In den nachfolgenden zwei Abschnitten erfahren Sie mehr über das «Zwei-Sinne-Prinzip», die «Einfache bzw. Leichte Sprache» und die Gebärdensprache. Was Sie als Gemeinden unternehmen können, um barrierefreie Information und Kommunikation sicherzustellen, wird anschliessend aufgeführt.

## Die Einhaltung des «Zwei-Sinne-Prinzips» ist äusserst wichtig

Anja Reichenbach ist Vorstandsmitglied der kbk, Fachmitarbeiterin bei der Behindertenkonferenz Zürich und Inklusionsexpertin. Wie auch andere Menschen mit Behinderungen ist sie als Sehbehinderte auf die konsequente Einhaltung des «Zwei-Sinne-Prinzips» angewiesen. Dieses ist ein wichtiges Prinzip der barrierefreien Gestaltung von Gebäuden, Einrichtungen, des öffentlichen Verkehrs und von Kommunikations- und Informationssystemen.

Nach diesem Prinzip müssen mindestens zwei der drei Sinne «Hören, Sehen und Tasten» angesprochen werden. Frau Reichenbach meint dazu: «Viele Dokumente, Formulare und Webseiten sind nicht mit dem Screenreader les- und bedienbar, da sie nicht in einer barrierefreien Form erscheinen. Häufig sind auch Kontraste und Schriften visuell schlecht wahrnehmbar. Meist fehlen Video- und Bildbeschreibungen, so dass ich Inhalte nicht verstehe».

## «Einfache und Leichte Sprache» dient nicht nur Menschen mit Behinderungen

Die Übersetzung von anspruchsvollen Texten in «Einfache und Leichte Sprache» hilft Menschen mit Leseschwierigkeiten, sich vermehrt in der Gesellschaft einzubringen. Sie dient nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern bspw. auch älteren Menschen. Die «Einfache Sprache» besteht aus vereinfachten, kürzeren Sätzen mit einfacheren Wörtern. Die «Leichte Sprache» ist sprachlich am stärksten vereinfacht, besteht aus kurzen Sätzen mit Wörtern aus dem Grundwortschatz. Pro Zeile wird nur ein Satz in grosser Schriftgrösse und Zeilenabstand geschrieben.

## Gebärdensprache ist die Muttersprache der Gehörlosen

Die schriftliche Darstellung stellt eine Barriere für einen Grossteil der Gehörlosen dar, denn die Laut- und Schriftsprache ist nicht ihre Muttersprache und wird insbesondere bei komplexen Themen nur schwer verstanden. Die Gehörlosen sind auf diese visuelle Sprache angewiesen.

Was können nun Gemeinden unternehmen, um barrierefreie Information und Kommunikation sicherzustellen? Dies wird in den folgenden Abschnitten aufgezeigt.

## Werden Sie eine «Gemeinde für alle»

«Menschen mit Behinderungen brauchen in den jeweiligen Gemeinden einen hindernisfreien Zugang zu Dienstleistungen, Informationen, Veranstaltungen usw.», meint Anja Reichenbach. «Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden. Es gibt einige Gemeinden, welche bereits Massnahmen in diesem Bereich umsetzen». Austausch und Synergien sollen genutzt werden. Auch braucht es innerhalb der Gemeinde Zuständige für Behindertengleichstellung. Menschen mit Behinderungen sollen aktiv in Planungs-, Umsetzungs- und Evaluations-Prozessen miteinbezogen werden. «In meiner Wohngemeinde Moosseedorf werden alle Informationen zum Geschehen in der Gemeinde und in der Schule auf der Plattform Crossiety veröffentlicht, die ich über die App auf dem Smartphone mitverfolgen kann.», sagt Victor Senn. Er meint, dass Gemeinden auf eine digitale Kommunikationsstrategie setzen sollen. Wichtig sei auch die Schulung und Sensibilisierung von neuen Mitarbeitenden. Für Anlässe wie Gemeindeversammlungen liegt die Verantwortung bei den Gemeinden, diese für alle barrierefrei zugänglich zu machen und bspw. GebärdensprachdolmetscherInnen zu organisieren.

## «Vorzeige-Gemeinde» Bern und Stadt User

Die Gemeinde Bern hat die meisten Inhalte auf der Website in Leichter Sprache und in Gebärdensprache übersetzt. Auch wichtige Formulare sind hindernisfrei zugänglich. Weiter gibt es eine Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen als Ansprechstelle. Ein anderes Beispiel ist die Stadt Uster. Diese hat eine barrierefreie Zusatzwebsite, die bspw. darauf achtet, dass Hilfetasten und Sprung-

links korrekt eingebunden sind und somit die Bedienung leicht möglich ist. Technische Aspekte werden schrittweise zusammen mit der Stiftung «Zugang für alle» verbessert. Die Stiftung überprüft dabei die Zugänglichkeit der Website. Weiter stellt die Stadt Uster die Unterlagen für die kommunale Abstimmungen in Leichter Sprache zur Verfügung. Aktuell erstellt Uster in Zusammenarbeit mit der Behindertenkonferenz Zürich BKZ das Mitwirkungsmodell «Partizipation Uster». Menschen mit Behinderungen sollen mitentwickeln, mitreden und Einfluss nehmen. Im Austausch formuliert die Arbeitsgruppe von Partizipation Uster Handlungsbedarf, weist auf Hindernisse hin und arbeitet an konkreten Projekten.

#### Anlaufstellen

- Interessensgemeinschaft Gehörlose und Hörbehinderte:  
<https://www.iggh.ch>  
 Telefon 031 311 57 81  
[info@iggh.ch](mailto:info@iggh.ch)
- Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband:  
<https://sbv-fsa.ch/sektionen/bern>,  
 Telefon 076 500 63 21  
[sektion.be@sbv-fsa.ch](mailto:sektion.be@sbv-fsa.ch)
- Büro für leichte Sprache, Pro Infirmis:  
[www.proinfirmis.ch/leichte-sprache](http://www.proinfirmis.ch/leichte-sprache),  
 Telefon 058 775 25 25  
[leichte.sprache@proinfirmis.ch](mailto:leichte.sprache@proinfirmis.ch)
- Verein «Einfache Sprache»:  
[www.inklusionfueralle.ch](http://www.inklusionfueralle.ch)
- Stiftung «Zugang für alle»; Schweizerische Stiftung zur behindertengerechten Technologie-nutzung:  
<https://www.access-for-all.ch/ch/barrierefreiheit.html>  
 Telefon 044 515 54 20

- Sensability, Experten für Inklusion:  
[www.sensability.ch](http://www.sensability.ch)  
 Telefon 031 351 76 72  
[info@sensability.ch](mailto:info@sensability.ch)

#### Wer sind wir?

Die Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk ist die Dachorganisation von rund 40 Organisationen aus Selbsthilfe, Beratung und Fachhilfe ([www.kbk.ch](http://www.kbk.ch)). Unser Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein selbstbestimmtes und gleichberech-

tigtes Leben in einer inklusiven Gesellschaft führen können.

#### Ohne Hindernisse

Die Berner Informationsplattform Participa richtet sich an Menschen mit Behinderungen, Angehörige und Beratende. Sie finden dort Informationen zur Erleichterung des Alltags von Menschen mit Behinderungen. Unter <https://www.participa.ch/> finden Menschen mit Behinderungen für sie relevante Informationen barrierefrei.



# PORTRÄT DER GEMEINDE UTTIGEN



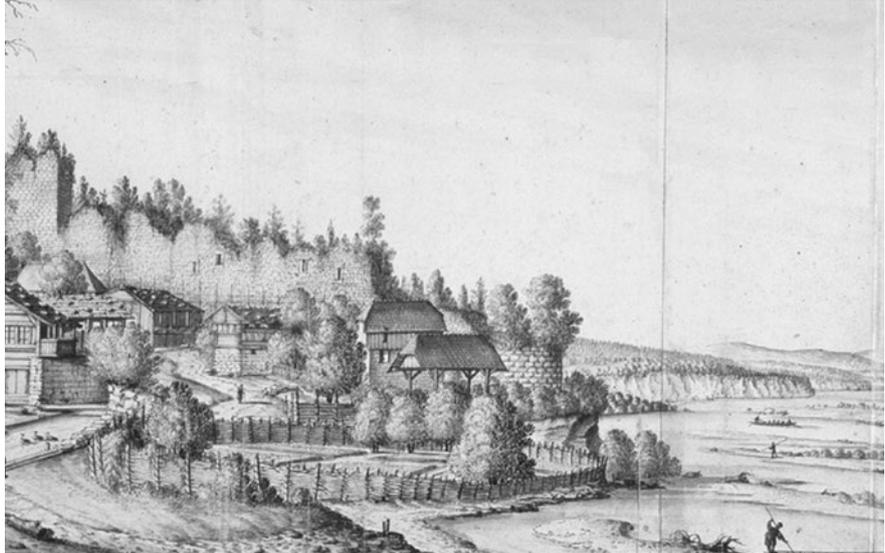
## UTTIGEN, DIE AUFSTREBENDE, LEBENSWERTE GEMEINDE IM OBEREN AARETAL

Viele kennen Uttigen vom Aareböötlen im Sommer. Die berühmt-berüchtigte Uttiger Schwelle bei der SBB Brücke ist beliebt und gefürchtet gleichermaßen. Uttigen hat aber nicht nur für die beliebte Sommer-Freizeitbeschäftigung einiges zu bieten...

### GEOGRAFISCHE LAGE

Die Gemeinde Uttigen liegt im oberen Aaretal, nur 7 Kilometer vom Stadtzentrum Thun entfernt. Angrenzend an die Gemeinde Uttigen liegen Uetendorf, Seftigen, Kirchdorf, Jaberg und über die Aare Kiesen und Heimberg.

Das Dorf erstreckt sich beidseits des Glütschbachs am westlichen Rand des Aaretals, an der Grenze zum Berner Oberland. Die Gemeinde weist eine Fläche von 3,81 km<sup>2</sup> auf. Die östliche Grenze bildet die (noch) kanalisierte und begradigte Aare, westlich liegt die Grenze entlang dem Limpachkanal. Die südliche Gemeindegrenze ist hauptsächlich von landwirtschaftlichen Flächen geprägt. In der südöstlichen Ecke des Gemeindegebiets ist Waldfläche. In diesem Gebiet «oberi Au» liegt das Munitionsdepot der Armee auf Gemeindeboden von Uttigen.



Stadtmur Aquarell

Die SBB-Bahnbrücke gilt als «Dreiländereck» zwischen dem Oberland, Mittelland und Emmental. Verkehrsmässig verbindet die S1 Uttigen mit den Städten Thun und Bern. Nebst den beiden Autobahnanschlüssen Thun-Nord und Kiesen, welche beide innert 5 Minuten erreichbar sind, verbinden die Züge der S-Bahn Uttigen alle 30 Minuten mit Thun und Bern. Richtung Uetendorf steht ein sicherer Radweg zur Verfügung. Das Dorf weist so eine attraktive Erschliessungssituation auf, sowohl für Velo, ÖV und Auto.

### GESCHICHTE

Die Bedeutung des Namens Uttigen stammt aus dem keltischen und bedeutet «fruchtbarer Boden».

Erstmals dokumentiert findet sich der Name «Utingun» auf einer Urkunde aus dem Jahr 894. Die Lage von Uttigen an der Aare war schon seit frühesten Zeit wichtig für die Flösserei, da der Grossteil des Aaretals überflutet war. Dies bezeugen auch Ruder und Stachel im

Gemeindewappen. Der Hintergrund ist blau und bedeutet Wasser, Ruder und Stachel sind gelb/braun und symbolisieren wohl Holz.

Obschon lange Jahre zum Amt Seftigen gehörend, war die Orientierung mit Schule, Beruf und Kultur schon immer stark nach Thun ausgerichtet. Seit der Wahlkreisreform 2010 gehört die Gemeinde nun auch politisch zum Verwaltungskreis Thun.

Einzig in kirchlichen Angelegenheiten hat sich die Gemeinde nach dem Brand der eigenen Kirche im Jahr 1536 und einem finanziell untragbaren Wiederaufbau, der Kirchgemeinde Kirchdorf angeschlossen.

### SEHENSWÜRDIGKEITEN

Am Tag des Denkmals im September 2017 hat die Denkmalpflege der Öffentlichkeit die Ruine der Stadtmur (auch bekannt als Stattemur, Burgmur) präsentiert. Die Ruine steht auf einem erhöhten Plateau auf privatem Grund

und ist daher normalerweise für die Öffentlichkeit nur von aussen her einsehbar. Ein Aquarell von Albrecht Kauw aus dem Jahr 1680 zeigt, dass die Mauer damals bereits eine Ruine war.

Heute sind noch weniger Ruinenterteile übrig, wie dies eine aktuelle Aufnahme zeigt:



Stadtmauer aktuell

## HEUTE

Uttigen ist hauptsächlich eine Wohngemeinde, kann aber auch mit starkem, lokalen Gewerbe punkten. Aktuell lässt sich ein Generationenwechsel feststellen, der viele junge Familien zusätzlich nach Uttigen bringt. Die gesamte Bevölkerung schätzt das ländliche Dorfleben, die schöne Aussicht auf die Alpen, die gute Erschliessung und das vor der Haustüre liegende Naherholungsgebiet. In Uttigen ist Platz für alle Bevölkerungsgruppen und ein angenehmes Nebeneinander ist keine Frage, sondern Fakt. Die ausländische Bevölkerung macht rund 6,5% der gesamten Einwohnerzahl aus.

Das Dorfbild ist geprägt von der schnurgeraden Stationsstrasse, welche von der Kantonsstrasse zum Bahnhof Uttigen führt. Historische Gebäude und Dorfteile ordnen sich entlang der Hauptstrasse, welche von Uetendorf nach Kirchdorf und Jaberg führt. Modernere Wohnüberbauungen mit sehr heterogener Gebäudestruktur säu-

men hauptsächlich den südlichen Siedlungsrand.

Eine Flugaufnahme des Gemeindegebiets von Uttigen aus dem Jahr 1952 (aus südöstlicher Richtung) zeigt, wie



Siedlungsrand Süd



Luftbild Uttigen 1952

spärlich Uttigen damals besiedelt war. 1950 wies Uttigen eine Bevölkerungszahl von 789 Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Das Bevölkerungswachstum spricht für sich: So lebten im Jahre 1990 1'388 Einwohnerinnen und Einwohner in Uttigen. Im Jahr 2014 hat die Gemeinde Uttigen mit der angrenzenden Gemeinde Kienerstrüti fusioniert und dadurch 52 Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewonnen. Per Ende 2020 betrug die Wohnbevölkerung knapp 2'200 Bürgerinnen und Bürger. Die Bevölkerung verteilt sich auf knapp 960 Haushalte. Das Luftbild auf dem Jahr 2017 aus nordöstlicher Richtung zeigt, wie sich das Dorf heute präsentiert. Im Hintergrund ist die imposante Stockhornkette zu sehen.



Luftaufnahme 2017

## SCHULEN

Kindergarten bis und mit 6. Klasse werden im Dorf unterrichtet. Für die Oberstufe gehen die Schülerinnen und Schüler ins benachbarte Uetendorf zur Schule. Im Sommer 2021 wird eine dritte Kindergartenklasse eröffnet. Die erste bis sechste Klasse wird doppelt geführt. Die Tagesschule ist aktuell an zwei Tagen geöffnet.

## POLITIK

Seit Jahrzehnten prägen zur Hauptsache zwei Parteien, SP und SVP, das politische Geschehen der Gemeinde, wobei eine respektvolle und reine Sachpolitik gelebt wird.

## FREIZEIT

In Uttigen sind nach wie vor zahlreiche Vereine tätig. Rollsport-Club, Musik-

gesellschaft sowie Bogenschützen teilen sich eine eigene Anlage am östlichen Dorfrand. Auch sind ein Eishockey-Club, Frauenverein, Schützenvereine (Sport- und Feldschützen) und

ein Platzgerclub aktiv. Dies nebst weiteren Vereinen oder Clubs, welche sich für ein ausgewogenes Freizeitangebot im Dorf engagieren.

Uttigen hat ein Restaurant und ein Pub. Metzgerei, Bäckerei sind seit längerer Zeit geschlossen, der Volg sorgt für geeignete Einkaufsmöglichkeiten im Dorf.

Im Sommer ist Uttigen bei den Aarebötlern sehr beliebt. Mit dem guten ÖV-Anschluss entsteht vor oder nach der Uttiger-Schwelle (je nach Präferenz) eine optimale Einwasserungsstelle für das sommerliche Vergnügen. Das Wappen von Uttigen kann bei moderner Betrachtung durchaus wieder mit der aktuellen Zeit mithalten. Dafür müssten gedanklich nur Ruder und Stachel durch Schlauchboot-Paddel ersetzt werden...



Aarebötlern



## Finances Publiques AG für öffentliche Finanzen und Organisation

Umfassende Beratung und Unterstützung von  
Gemeinden, Gemeindeverbänden, Kirchgemeinden, Bürgergemeinden  
von A bis Z, beispielsweise

Arbeitsplatzbewertung, Aufgaben- und Strukturüberprüfung, Benchmarking, Buchhaltung, Coaching, Finanzierung und Organisation Wasser und Abwasser, Finanzverwaltung im Mandat, Finanzplanung, Gebührenkalkulation, Gemeindefusion, Gemeindeverwaltung im Mandat, HRM2-Umsetzung, Klausur, Organisationsanalyse, Rechnungsprüfung, Sanierungsplan, Stellvertretungseinsätze, Zusammenarbeitsvertrag.

Finances Publiques AG, Langnaustrasse 15, 3533 Bowil BE  
Tel. 031 711 03 04, Fax 031 711 55 53,  
Mail [info@fpag.ch](mailto:info@fpag.ch) Homepage [www.fpag.ch](http://www.fpag.ch)

**b(wd)** Bildungszentrum  
für Wirtschaft  
und Dienstleistung

### bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

bwd  
Papiermühlestrasse 65  
3014 Bern  
Tel. 031 330 19 90  
[www.bwdbern.ch](http://www.bwdbern.ch)

#### Gemeinde- und Verwaltungspersonal

- Refresher für Bernische Gemeindeschreiber/-innen
- Lehrgang für Mitarbeitende von Kirchgemeindesekretariaten
- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindeglieder, Teil Diplomlehrgang
- Diplomlehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomlehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomlehrgang Gemeindeschreiber/-in
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration (Schulsekretärinnen und Schulsekretäre)
- Kurs Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

#### Notariats- und Advokaturangestellte

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche mit Zertifikat
- Lehrgang Fachausweis für Notariatsangestellte
- Fachspezifische Halbtageskurse

#### Berufsbildner/-innen

- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

#### Zivilstandswesen

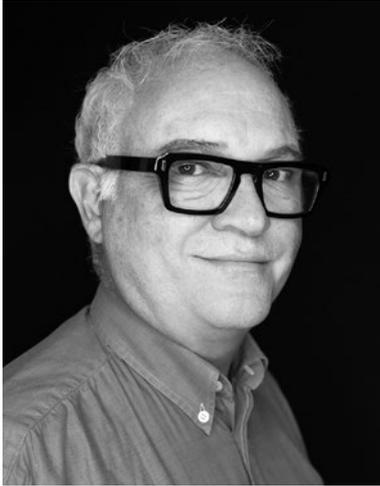
- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eidg. Berufsprüfung Zivilstandsbeamtin FA/Zivilstandsbeamter FA

#### Projektausbildungen im Auftrag

**Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?**

Details und Information finden Sie unter [www.bwdbern.ch](http://www.bwdbern.ch) oder kontaktieren Sie uns per E-Mail [weiterbildung@bwdbern.ch](mailto:weiterbildung@bwdbern.ch)

# INTERVIEW MIT DEM GEMEINDEPRÄSIDENTEN BEAT J. FISCHER



*Mit welchen drei Adjektiven würden Sie einer aussenstehenden Person Ihre Gemeinde beschreiben?*

familienfreundlich / lebenswert / ruhig aber aktiv.

*Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepräsident speziell am Herzen liegt?*

Damit Uttigen familienfreundlich bleibt, machen wir die Schulanlage fit für die Zukunft. Damit wollen wir einerseits energetisch sanierte Gebäude, aber gleichzeitig auch Raum für die Tagesschule und den notwendigen dritten Kindergarten schaffen. Von den Investitionen profitiert aber nicht nur die Schule, sondern auch diverse Vereine die diese Anlagen benutzen.

Die anstehende Ortsplanungsrevision ist ein nächstes Projekt, um die weitere Entwicklung der Gemeinde zu sichern.

*Was macht Uttigen für Sie ganz persönlich besonders lebenswert?*

Die sehr gute Lage nahe der Stadt Thun und das umfassende Angebot in der Gemeinde:  
Kindergarten und Schulen, Einkaufsmöglichkeiten im Dorf, aktives Vereinsleben, sehr gute Erschliessung mit

öffentlichem Verkehr, tolles Naherholungsgebiet im Aareraum, wunderbare Aussicht auf die Berge...

*Welche neuen Herausforderungen erwarten Sie für die Gemeinde Uttigen infolge der Coronakrise?*

Einerseits den Betrieb der Gemeindeverwaltung aufrecht zu erhalten und gleichzeitig den Mitarbeitenden Home-Office zu ermöglichen, aber auch die Behördenarbeit von Gemeinderat und Kommissionen zu digitalisieren. Alles innerhalb von kurzer Zeit war eine grössere Herausforderung, die uns aber dank guter EDV-Infrastruktur und engagiertem Verwaltungsteam gelungen ist.

Die digitale Kommunikation mittels Video-Konferenzen in der Behördenarbeit gestaltet sich noch etwas schwierig, auch fehlt rasch der soziale Kontakt zu den Gemeinderatsmitgliedern. Weiter stellen wir fest, dass umfassende Diskussionen in einer Videokonferenz nicht gleich geführt werden können, wie physisch vor Ort in gewohntem Rahmen.

Auch fehlt uns der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern von Uttigen. Feste, Vereinsanlässe, Sportveranstaltungen, ja sogar die Gemeindeversammlungen mussten abgesagt werden. Schliesslich haben wir im Dezember wie andere Gemeinden kurzfristig noch eine Urnenabstimmung organisiert, damit die Gemeinde weiterhin handlungsfähig bleibt.

*In welchen Bereichen arbeitet die Gemeinde Uttigen mit den Nachbargemeinden zusammen und wie funktioniert diese Zusammenarbeit?*

Im Bereich der Schule haben wir die Oberstufe an die Schulen Uetendorf

ausgelagert, auch im Bereich der Feuerwehr und der Sozialdienste arbeiten wir mit der Einwohnergemeinde Uetendorf zusammen.

Jährlich findet zudem ein Treffen unter vier Gemeinden aus der nahen Umgebung statt, an welchem sich die Gemeinderäte dieser Gemeinde in einem ungezwungenen Austausch unterhalten können. Weiter erfolgt je nach Bedarf eine Koordination von Anliegen und Projekten des Kantons oder der Gemeinden wie beispielsweise die Wasserbauprojekte entlang der Aare etc.

*Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Uttigen wünschen?*

Den Gemeinden wieder mehr Handlungsspielraum im Bereich der Ortsplanung zugestehen, weniger Vorgaben, welche von «oben nach unten» vorgegeben werden und die Gemeinden umsetzen müssen. Bei angeordneten Massnahmen seitens Kanton, sollte dieser auch mindestens einen Teil der Kosten dafür tragen.

*Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepräsident in Ihrem Alltag den VBG wahr?*

Den VBG nehmen wir hauptsächlich als Interessenvertreter der Gemeinden im Rahmen von kantonalen Mitwirkungen und Vernehmlassungen wahr. Zuletzt haben wir uns bei der Frage der Konzessionsverträge mit der BKW Energie AG vom VBG sehr gut unterstützt gefühlt. Die Mustervorlagen haben uns sehr gute Dienste erwiesen.

**DAS NÄCHSTE VBG-INFO ERSCHEINT  
ANFANGS SEPTEMBER 2021.  
WIR WÜNSCHEN IHNEN BIS DAHIN EINEN  
WUNDERSCHÖNEN SOMMER!**



**LE PROCHAIN NUMÉRO DE L'ACB-INFO  
PARAÎTRA DÉBUT SEPTEMBRE 2021.  
EN ATTENDANT, NOUS VOUS SOUHAITONS  
UN TRÈS BEL ÉTÉ!**





# DIALOG<sup>6</sup>

Ihre Mitarbeitenden werden es lieben.



Wechseln Sie nicht mehr zwischen verschiedenen Programmen.  
**Wir bieten die integrierte Gesamtlösung.**



Lassen Sie sich in Ihrer Mobilität nicht mehr einschränken.  
**Wir bieten maximale Geräteunabhängigkeit.**



Fühlen Sie sich sicher und vertrauen Sie uns.  
**Wir tragen Sorge zu Ihren Daten.**



Behalten Sie den Überblick.  
**Wir bieten eine moderne Benutzeroberfläche.**

[www.dialog.ch](http://www.dialog.ch)